

ARTISET

Ausgabe 09 | 2022

Das Magazin der Dienstleister für
Menschen mit Unterstützungsbedarf

Im Fokus

Politische Partizipation schafft Zugehörigkeit

CURAVIVA

Was es braucht, damit die Langzeitpflege
bis 2040 gesichert werden kann

INSTITUT

Eine Institution zeigt, wie sich Beschäftigung
und Freizeitaktivitäten verbinden lassen

YOUViTA

Der Film «La Mif» sorgt für Diskussionen:
Protagonistin Claudia Grob nimmt Stellung

Rosidal® TCS

Vertrauen Sie Ihrer Zugkraft.



- Zweikomponenten-Kompressionssystem – zur gezielten Versorgung des Ulcus cruris venosum
- Safe-Loc-System: ganz einfach ohne Druckindikatoren – sicheres Anlegen unter vollem Zug
- therapeutisch benötigter Arbeitsdruck wird über mehrere Tage aufrecht erhalten – Verlängerung der Verbandwechselintervalle
- Verband ist angenehm zu tragen, schmiegt sich an und trägt kaum auf – unterstützt die Patientenadhärenz



Anzahl	Komponente	Grösse (cm x m)	REF	PHC	VE
1	Komponente 1: Rosidal® SC	10 x 3,5	26 484	538 89 54	1/14
1	Komponente 2: Rosidal® CC	10 x 6			

Editorial

«Die integrative Kraft unseres politischen Systems kann sich dann entfalten, wenn Menschen mit unterschiedlichsten Fähigkeiten und Interessen daran teilnehmen.»

Elisabeth Seifert, Chefredaktorin



Liebe Leserin, lieber Leser

Während ich diese Zeilen schreibe, diskutiert die Schweiz im Vorfeld der Abstimmung vom 25. September landauf, landab über das Pro und Contra zu vier nationalen Vorlagen. Vor allem zwei davon sorgen für leidenschaftliche Debatten: Soll das Rentenalter für Frauen auf 65 angehoben werden? Und: Sollen bei der Nutztierhaltung künftig höhere Standards gelten?

Relevante Anliegen, die jede und jeden von uns betreffen und die wir als Stimmbürgerin und Stimmbürger mitgestalten können. Wer über das Stimm- und Wahlrecht verfügt und diese Rechte auch tatsächlich wahrnimmt, gehört dazu. Die Rahmenbedingungen für unser Leben mitbestimmen zu können – das war für mich seinerzeit der wesentliche Grund als Ausländerin mit Niederlassungsbewilligung, die Schweizer Staatsbürgerschaft zu beantragen. Seither ist es für mich ein grosser Gewinn, mich am politischen Prozess zu beteiligen, mich zu informieren, mir eine Meinung zu bilden und meine Meinung in Debatten zu schärfen.

Die politische Partizipation und damit das Gefühl, ein vollwertiges Glied der Gesellschaft zu sein, bleiben indes vielen Menschen verwehrt. Nicht, weil sie diese ablehnen würden, sondern weil wir sie davon ausschliessen. So haben derzeit Menschen mit bestimmten kognitiven oder psychischen Behinderungen keinen Zugang zu den politischen Rechten. Das steht in einem klaren Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention (Seite 10). Ebenfalls im Widerspruch zur UN-BRK können viele Menschen mit Behinderung nicht am politischen Prozess teilnehmen, weil ihnen schlicht die nötige Unterstützung fehlt. Darauf angewiesen sind auch viele betagte Menschen, die sich eine Teilnahme nicht mehr zutrauen oder für überflüssig halten.

Die integrative Kraft unseres politischen Systems kann sich indes nur dann entfalten, wenn Menschen mit ganz unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen sowie in unterschiedlichen Lebenssituationen daran teilnehmen, ihre Themen lancieren und zur Diskussion stellen. Dies fördert das Verständnis und den Respekt gegenüber der jeweils anderen Position. Damit verbunden ist ein Entwicklungspotenzial für die Gesellschaft sowie jedes einzelne Individuum.

Mit den Beiträgen in diesem Heft zeigen wir, was Menschen mit Unterstützungsbedarf dazu beitragen, um sich und ihren Meinungen Gehör zu verschaffen – und was die Gesellschaft unternehmen kann, um sie in ihrer politischen Partizipation zu fördern.

In einer besonderen Verantwortung stehen die Dienstleister. Beispielhaft ist das von der Stiftung Eben-Hézer in Lausanne gemeinsam mit dem Quartierzentrum Chailly gegründete Bürgerforum, wo Menschen mit und ohne Behinderung über politische Vorlagen diskutieren, jüngst über die AHV-Reform (Seite 14). Spannend sind auch Forschungsarbeiten aus der Westschweiz, die zeigen, welche Bedeutung die politische Partizipation für die Lebensqualität selbst hochbetagter Menschen hat (Seite 20). Ein erster zentraler Schritt zur Förderung der politischen Partizipation ist die Förderung der Mitsprache innerhalb der Institutionen – seien das Institutionen für Menschen mit Behinderung, für Betagte oder für Kinder und Jugendliche. ■

Titelbild: Im Lausanner Quartierzentrum Chailly diskutierten am 3. September Menschen mit und ohne Behinderung über die Reform der AHV.

Foto: Héléne Tobler

Hebt sich ab.

In Robustheit und Lebensdauer.



Inhalt



Bla-Bla Vote Lausanne
Eine Fotoreportage zum Bürgerforum über die AHV-Reform.



Im Fokus

- 6 SP-Politiker Cem Kirmizitoprak kämpft für seinen Platz in der Gesellschaft
- 10 Der Ausschluss von politischen Rechten ist in der Schweiz – noch – Realität
- 14 Bla-Bla Vote: In Lausanne gibt es ein integratives Bürgerforum
- 18 Politisches Engagement will gelernt sein
- 20 Teilnahme am politischen Leben trägt zur Lebensqualität von Betagten bei
- 24 Kinder und Jugendliche an die politische Partizipation heranführen

kurz & knapp

- 28 Ein Jobportal für Menschen mit Handicap

Aktuell

- 30 Der Film «La Mif» zeigt – teils überspitzt – den Alltag der Jugendhilfe
- 34 Vertreter von Artiset reflektieren über den künftigen Bedarf der Langzeitpflege
- 38 Caring Communities: 21 Beispiele guter Praxis
- 41 Digitalisierung: Wie ältere Menschen begleitet werden können
- 47 Beschäftigung und Freizeitaktivitäten miteinander verbinden

Politische Feder

- 50 Christian Streit, Geschäftsführer von Senesuisse

Impressum: Redaktion: Elisabeth Seifert (esf), Chefredaktorin; Urs Tremp (ut); Claudia Weiss (cw); Anne-Marie Nicole (amn); France Santi (fsa); Jenny Nerlich (jne) • Korrektorat: Beat Zaugg • Herausgeber: ARTISET • 1. Jahrgang • Adresse: ARTISET, Zieglerstrasse 53, 3007 Bern • Telefon: 031 385 33 33, E-Mail: info@artiset.ch, artiset.ch/Magazin • Geschäfts-/Stelleninserate: Zürichsee Werbe AG, Fachmedien, Laubisrütistrasse 44, 8712 Stäfa, Telefon: 044 928 56 53, E-Mail: markus.haas@fachmedien.ch • Vorstufe und Druck: AST&FISCHER AG, Seftigenstrasse 310, 3084 Wabern, Telefon: 031 963 11 11 • Abonnemente: ARTISET, Telefon: 031 385 33 33, E-Mail: info@artiset.ch • Jahresabonnement Fr. 125.– • Erscheinungsweise: 8 × deutsch (je 4600 Ex.), 4 × französisch (je 1400 Ex.) pro Jahr • WEMF/KS-Beglaubigung 2022 (nur deutsch): 3205 Ex. (davon verkauft 2989 Ex.), Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Absprache mit der Redaktion und mit vollständiger Quellenangabe.



DIE NATÜRLICHEN FARBEN
ZERTIFIZIERT MIT
CRADLE TO CRADLE



«Ich will Elefanten machen!»



Kraftvolle Pose in der St. Galler Bahnhofshalle: Cem Kirmizitoprak, SP-Politiker, Initiant eines inklusiven Abstimmungskafis und kreativer Macher.

Foto: cwe

Der 30-jährige Cem Kirmizitoprak ist umtriebiger SP-Politiker, Leiter der Beratungsstelle Inklusion und Initiator eines inklusiven Abstimmungskafis. Inklusion, fordert er, müsse auf allen Ebenen stattfinden. Dafür kämpft er mit viel Schwung und Einfallsreichtum.

Von Claudia Weiss

Cem Kirmizitoprak konnte gar nicht anders: Sein Weg in die Politik war vorgezeichnet. Er lächelt breit, nimmt einen Schluck Espresso und erklärt in sympathischem St. Galler Dialekt, wie das kam: «Ich bin als Kurde in der Türkei geboren, da bekommt man von klein auf mit, dass Sachen ablaufen, die nicht in Ordnung sind, und wird automatisch politisch geprägt.» Kirmizitoprak sitzt aufgrund einer zerebralen Tetraspastik im Elektrorollstuhl. Ein weiterer Grund, immer wieder für seinen Platz und seine Rechte zu kämpfen. So entwickelte sich der inzwischen 30-Jährige im Lauf der Jahre zum umtriebigen SP-Politiker. «Vor zwei Jahren fehlten mir nur 600 Stimmen für den Eintritt ins Stadtparlament», sagt er, und ergänzt selbstbewusst: «Bei der nächsten Wahl sollte es reichen.» Und zwar ohne Behindertenquote, bewahre, das wäre ihm ein Graus: «Dann weisst du ja gar nicht, ob sie dich gut finden!» Er hingegen will komplette Gleichstellung. Deshalb ist Kirmizitoprak, Leiter der Beratungsstelle Inklusion und Initiator eines inklusiven Abstimmungskafis, ganz absichtlich manchmal ein aufmüpfiger Zeitgenosse. Als die regionale Spitex neu organisiert wurde, beschwerte er sich umgehend mit einer Medienmitteilung und Facebook-Posts: Die neue Organisation funktioniere so schlecht, dass er als täglicher Spitex-Kunde sogar mehrmals vergessen worden sei, kritisierte er. Daraufhin habe ihn eine Stadträtin harsch verbal angegriffen, weil er das so öffentlich gemacht habe. Er lacht schelmisch. «Das hat mich extrem gefreut.» Gefreut? «Klar, das heisst, man fasst mich nicht mit Samthandschuhen an, sondern nimmt mich für voll.» Dafür setzt er sich ein, unermüdlich, seit Jahren.

Als 17-Jähriger beschloss Cem Kirmizitoprak, Gesellschaftsprobleme konkret anzugehen, und trat der Partei der Jungsozialisten bei. Seine Themen, das liegt auf der Hand,

waren seit je Behinderung und Migration, aber auch viele andere: «Ich will als Politiker etwas für die ganze Gesellschaft bewirken.» Als sich vor ein paar Jahren Jugendliche für eine Beleuchtung an der Skatebahn Kreuzbleicheweg starkmachten, übernahm er kurzerhand ihr Anliegen, lancierte eine Unterschriftensammlung und lieferte schon bald 3000 Unterschriften im Stadtparlament ab. Das half, er strahlt, inzwischen ist der Skatepark beleuchtet. Und auf die oft gestellte Frage, warum er als Rollstuhlfahrer sich ausgerechnet für dieses Jugendthema einsetze, für eine Skatebahn, die er selber nie würde nutzen können, antwortete Kirmizitoprak jeweils lakonisch: «Politik machen wir doch nicht nur für uns. Wenn jemand exkludiert wird, setze ich mich ein!» Fragen rund um Inklusion und politische Teilhabe, ergänzt er, betreffen schliesslich nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen und viele andere. Er nimmt einen Schluck Espresso, dann wird er fast philosophisch: «Alles hat einen Zusammenhang.»

Politik heisst Einsatz für alle

Deshalb setzt sich Cem Kirmizitoprak für Gleichstellung auf jeder Ebene ein, findet, nicht nur «gewählt werden können», sondern auch «abstimmen und informiert sein, ohne dass man einen Dokortitel haben muss, um die Vorlagen zu verstehen» gehöre zur Teilhabe: «Wir diskutieren nicht umsonst über das Abstimmungsalter 16.» Exklusive Veranstaltungen gibt es bei ihm nicht. Für sein Abstimmungskafi beispielsweise habe er Trick 77 angewandt und mit Easyvote zusammengespannt, jener Gruppierung, die vereinfachte Abstimmungsbroschüren für Jugendliche gestaltet: «Dank dieser Zusammenarbeit fühlen sich nicht nur Menschen mit Behinderung angesprochen, sondern auch Jugendliche und bestenfalls deren Eltern.» Ein Anlass für alle, so lautet sein Ziel, Inklusion pur.

Am 1. September fand das Kafi zum dritten Mal statt, der Ablauf hat sich gut bewährt: Easyvote erklärt jeweils 20 Minuten lang die Vorlagen, danach äussern sich zwei Politikerinnen oder Politiker, je jemand von Links und Rechts. «Das ist keine SP-Veranstaltung, sondern Inklusion», stellt Kirmizitoprak klar. Finanzielle Unterstützung erhält das Kafi noch bis nächstes Jahr vom Kanton St. Gallen, danach wird er schauen, wie er es weiter finanzieren kann. Aber immerhin, er strahlt, ein Echo habe er geschafft.

Die Idee dazu kam ihm an einem Netzwerktreffen des Branchenverbands Insos, bei dem Arbeitsgruppen jeweils ein inklusives Projekt für politische Teilhabe entwickeln sollten. Eine passende Gruppe für sich fand er dort nicht, sie waren ihm alle zu wenig radikal. Er schüttelt den Kopf, als er daran zurückdenkt, wie die anderen fanden, man müsse unbedingt die Institutionen auf das Thema aufmerksam machen. «Nein, die kennen doch das Thema längst!», ruft er vehement. Er hingegen wollte weit mehr: «Sie sollen es umsetzen!»

Cem Kirmizitoprak ist keiner, der wartet, dass Bund, Gemeinden oder Institutionen etwas für ihn übernehmen, →

Swiss SVG-Trophy: Aufruf an alle Spitzenköche des Alltags

Die Swiss SVG-Trophy sucht Profis, die in den Grossküchen von Spitälern, Heimen und Personalrestaurants kochen. Zu gewinnen gibt es einen Aufenthalt bei Starkoch Tobias Funke.

Text: HGZ



Über Starköche wird in den Medien ausgiebig berichtet. Kaum Beachtung finden dagegen die Gastronomen der Gemeinschaftsküchen, welche mit ebenso viel Kreativität, Know-how und Herzblut täglich Herausragendes leisten. Die Swiss SVG-Trophy rückt die Leistung dieser Spitzenköche des Alltags ins Rampenlicht. Alle Berufsleute der Spital-, Heim- und Gemeinschaftsgastronomie können mit ihrer Küchenmannschaft zum Wettbewerb antreten. Im Vordergrund steht das Ziel, gemeinsam etwas zu erreichen. Die Herausforderung stärkt den Teamgeist und wertet den gesamten Betrieb auf.

Die Bewerbungsphase läuft

Die Swiss SVG-Trophy verschafft den Spitzenleistungen abseits des Rampenlichts die verdiente Beachtung. Ein Team besteht jeweils aus drei Fachpersonen (Küchenchefs, Köche, Pâtissiers und Lernende im dritten Lernjahr). Die Anmeldung erfolgt mit einem Bewerbungsdossier, in dem ein Dreigangmenü für 60 Personen detailliert dokumentiert und präsentiert wird. Die Jury des Schweizer Kochverbands unter der Leitung von Sascha Heimann beurteilt die eingereichten Dossiers. Die sechs auserwählten Teams, die es ins Finale schaffen, bereiten das Gewinnermenü im Februar oder März 2023 in ihrem Betrieb zu. Die Jury des Schweizer Kochverbands beurteilt die Leistungen vor Ort nach internationalen Richtlinien. Das Siegerteam gilt 2023 als bestes Schweizer Team in der Spital-, Heim- und Gemeinschaftsgastronomie.

Anmeldeschluss für die Swiss SVG-Trophy ist der 21. November 2022.

Weitere Informationen gibts online unter svg-trophy.ch



CAS Gerontologie als praxisorientierte Wissenschaft

Fokussieren Sie auf die Potenziale älterer Menschen. Entwickeln Sie gemeinsam mit Ihren Studienkolleg*innen gerontologische Impulse für Ihr Praxisfeld.

21 Studientage | 15 ECTS-Credits
Januar bis Oktober 2023

Nächste Infoveranstaltung:
17. November 2022 – Online

Ihre Weiterbildung zum Thema
Alter – kompetent, engagiert, zukunftsweisend:
bfh.ch/alter/weiterbildung ▶ Institut Alter

AKTIVIERUNG

;medi

HÖHERE FACHSCHULE FÜR AKTIVIERUNG AM PULS DER PRAXIS

HF Diplom 3-jährige Vollzeitausbildung

Dipl. Aktivierungsfachfrau HF

Dipl. Aktivierungsfachmann HF

> Mehr zum Aufnahmeverfahren unter medi.ch



Weiterbildungsangebote

für Aktivierungsfachpersonen HF
(Ermässigung für SVAT-Mitglieder)



Zertifikat FAB

Fachperson in aktivierender Betreuung

Fachverantwortliche/r in Alltagsgestaltung und Aktivierung

> Mehr zu den Weiterbildungsangeboten unter medi.ch

medi | Zentrum für medizinische Bildung | Aktivierung HF
Max-Daetwyler-Platz 2 | 3014 Bern | Tel. 031 537 31 10 | at@medi.ch

sondern einer, der anpackt, «einer, der nicht aufs Maul hockt». Er setzt sich auf dem Rollstuhl zurecht und sagt klar: «Ich bin Cem, SP-Politiker, Kämpfer für Gleichstellung und Macher.» Ein St. Galler Stadtparlamentarier hatte ihn einst scherzhaft als «Cems Bond, Agent für Inklusion» bezeichnet, und das Wortspiel gefiel ihm so gut, dass er es für seinen Facebook-Account übernommen hat: Er will als Person wahrgenommen und als Politiker ernstgenommen werden. Sein Blick wird scharf, als er sagt: «Behindert bin ich nur, wenn ich eine Treppe vor mir habe oder kein rollstuhlgängiges WC finde.»

Politik heisst auch gerechte Bildung

Schon als Jugendlicher eckte er öfters an mit seinen klaren Ansichten und dezidierten Aussagen. Er grinst und sagt fast ein bisschen stolz: «Ich war ein unbequemer Schüler.» Mit 18 Jahren schliesslich hätte er um ein Haar den Kanton Appenzell Ausserrhoden angezeigt: In der Sonderschule für Menschen mit Behinderung habe er längst nicht die Förderung erhalten, die ihm mit seinen intellektuellen Fähigkeiten zugestanden habe. «Dadurch habe ich einen grossen Nachteil erlitten», fand er und forderte Entschädigung.

Wenn er über solche Hemmnisse spricht, über «sozialen Gugus» und falsch verstandene Samthandschuhe, rutscht ihm auch schon mal ein Kraftausdruck heraus. «Zum Kotzen», sagt er dann ungeniert. Er, der als Siebenjähriger mit seinen Eltern von Izmir in die Schweiz gekommen war, sei jeweils schon vor dem Unterrichtsbeginn in der Schule gewesen, um schnell Deutsch zu lernen, und die Lehrer hätten ihm attestiert, dass er ein kluger Kopf sei. Die entsprechende Förderung hingegen vermisste er bis über die Schule hinaus. Ob er in der Regelschule eine glücklichere Schulzeit gehabt hätte? «Da sage ich deutsch und deutlich ja!» Und: «Ich habe ja keinen anderen Nachteil, als dass ich nicht laufen kann.» Alles, was er sich seither in unzähligen Weiterbildungskursen selber an Wissen zusammentragen musste, hätte er seiner Überzeugung nach mit entsprechender Förderung viel früher und einfacher erreichen können. Deshalb liess er nicht locker, bis der Kanton Appenzell 4000 Franken «für Grammatikverbesserung» verfügte.

Nach der Schulzeit absolvierte Kirmizitoprak eine Ausbildung zum Industriepraktiker. Eine Notlösung, die ihm wenig Freude bereitete, er hätte sich eine KV-Ausbildung erträumt. Schon bald fiel er durch seine Forderungen und politischen Äusserungen auf und wurde von der Institutionsleitung verwarnt. Er reagierte empört und bezeichnete das als reines Mobbing. «Klar mag es ungewöhnlich sein, dass ein 18-Jähriger so klare politische Meinungen äussert», sagt er. Dennoch sei es gut gewesen, dass er bald darauf ins St. Galler Imbodehuus ziehen konnte: Dort erfuhr er endlich Verständnis und erhielt die Unterstützung, die er lange vermisst hatte, ja, dort ermunterten sie ihn sogar, 2012 seinen ersten politischen Anlass vor der Abstimmung über die Kürzung der Ergänzungsleistungen durchzuführen. Er schaffte es, den Regierungsrat ins Haus zu holen, und startete damit

seine politische Karriere: «Es machte förmlich Klick!», erinnert er sich, und von da an war er nicht mehr zu bremsen.

Politik benötigt auch Kreativität

Nach vier vergeblichen Arbeitseingliederungsversuchen meinte er: «Warte ich zeige euch jetzt, wie Inklusion geht!» Er organisierte sich eine Weiterbildung in lösungsorientierter Beratung und Konfliktmanagement, zog in eine eigene Wohnung und richtete im Wohnzimmer seine neue Beratungsstelle Inklusion ein: Dort unterstützen er und seine Mitarbeiterin, die er selber bezahlt, andere, die sich von Institutionen, Ämtern oder Mitmenschen ungleich behandelt fühlen oder Schwierigkeiten haben, ihre Bedürfnisse durchzusetzen. Als Geschäftsform hat er absichtlich die Einzelfirma gewählt; ein Verein, er schüttelt den Kopf, wäre ihm zu schwerfällig gewesen: «Meine Firma ist klein, aber meine Pläne sind gross.»

Tatsächlich sprudelt er fast über vor Ideen: Gegenwärtig steht er in Milo Raus Inszenierung von «Wilhelm Tell» im Zürcher Schauspielhaus auf der Bühne, verhilft Ratsuchenden zu Gleichstellung und leitet das Abstimmungskafi oder Anlässe zu Themen wie Behinderung und Sexualität. In zwei Jahren will er ein eigenes Theaterstück zu diesem Thema produzieren und damit ein Tabu auf die Bühne bringen, und für nächstes Jahr plant er ein Podium zum Thema «Strukturelle Gewalt in Institutionen»: Cem Kirmizitoprak ist flink im Denken und fantasievoll im Umsetzen. Und er besitzt eine gute Portion Selbstbewusstsein. Nach dem Gespräch dreht er im Elektrorollstuhl eine elegante kleine Runde durch die Bahnhofhalle und posiert für das Foto. Sein höchstes Ziel ist, dass es seine Beratungsstelle eines Tages gar nicht mehr braucht, weil Inklusion etabliert ist. Bis dahin kämpft er mit vollem Einsatz. Übermütig ruft er: «Genau, ich mache keine kleinen Projekte – ich will Elefanten machen!» ■

Infos

→ www.beratungsstelle-inklusion.ch

Gemeinsamer Marsch: «Wir lassen uns nicht von euch verwalten!» 29. November 2022, 14 Uhr.

Besammlung: St. Leonardspärkli St. Gallen.

Grundrechte gelten für alle – ausnahmslos

Eine unbekannte Zahl von Menschen mit Behinderung ist in der Schweiz von ihren politischen Rechten ausgeschlossen. Eine wegweisende Abstimmung im Kanton Genf führt jetzt zu einem Umdenken. Beseitigt werden müssen nicht nur juristische Hindernisse – sondern auch die faktische Benachteiligung.

Von Elisabeth Seifert

Menschen, die «wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind», haben keine politischen Rechte. Das steht in Artikel 136 der Bundesverfassung. In der Wortwahl angemessener, in der Sache aber nicht minder deutlich, konkretisiert das Bundesgesetz über die politischen Rechte den Kreis jener Menschen, die vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind: Es sind Menschen, die «wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden».

Ein solcher Ausschluss aus den politischen Rechten kontrastiert klar mit Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention: «Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu geniessen.» Zu diesem Zweck verpflichten sich die Vertragsstaaten, zu denen seit bald zehn Jahren auch die Schweiz gehört, «sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben

können ... was auch das Recht und die Möglichkeit einschliesst, zu wählen und gewählt zu werden».

Gemäss diesen Forderungen der UN-BRK dürfen Menschen mit Behinderung zum einen keine rechtlichen Hindernisse erfahren, ihr aktives und passives Stimm- und Wahlrecht wahrzunehmen. Und zum anderen dürfen sie bei der Ausübung ihrer politischen Rechte nicht benachteiligt sein.

Wie viele ausgeschlossen sind, ist unklar

Betroffen vom effektiven Ausschluss sind insbesondere Menschen mit psychischen oder kognitiven Behinderungen, dazu gehören auch Personen mit Demenz. Aufgrund fehlender Statistiken ist indes unklar, wie viele dies tatsächlich sind. Eine Vorstellung vermittelt die Statistik der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz: Im Jahr 2020 hatten schweizweit 14 050 erwachsene Personen eine umfassende Beistandschaft und waren damit in der Regel von ihren politischen Rechten ausgeschlossen – auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. In der Praxis dürften es etwas weniger sein,

wie Cyril Mizrahi gegenüber dem Magazin Artiset ausführt. Er ist Jurist bei Inclusion Handicap, dem Dachverband der Behindertenorganisationen, sowie Teilhaber der Anwaltskanzlei Droits égaux avocats et avocates in Carouge GE. In einigen Kantonen der Romandie sowie im Tessin, so Cyril Mizrahi, gelten nicht alle Personen mit einer umfassenden Beistandschaft als dauerhaft urteilsunfähig im Sinn des Bundesgesetzes – sie dürfen somit abstimmen.

Der Wohnkanton kann also entscheidend dafür sein, ob jemand seine politischen Rechte wahrnehmen kann oder eben nicht. Dies auch deshalb, weil die Kantone unterschiedliche Kriterien dafür kennen, wann jemand unter eine umfassende Beistandschaft gestellt wird. Die meisten umfassenden Beistandschaften werden in der Romandie sowie im Tessin errichtet. Die Kantone Genf und Waadt verantworten rund ein Drittel der umfassenden Beistandschaften schweizweit. Gemäss Cyril Mizrahi werden damit womöglich Praktiken weitergeführt, die nicht mehr gerechtfertigt sind. Für Jan Habegger, stellvertretender Geschäfts-

fürer von Insieme Schweiz, spiegeln sich hier kulturelle Unterschiede: Der Schutz- und Fürsorgegedanke sei in der Westschweiz stärker verankert als in der Deutschschweiz.

Verfassungsänderung in Genf – weitere Kantone folgen

«Auch wenn eine verhältnismässig kleine Zahl ausgeschlossen wird, es sind immer noch zu viele», sagt Cyril Mizrahi. Der Ausschluss beruhe auf der Vorstellung, dass Menschen, die für die Bewältigung des Alltags auf den Schutz einer umfassenden Beistandschaft angewiesen sind, zur politischen Meinungsbildung nicht fähig seien. Dies treffe aber nicht zu: «Wie in der restlichen Bevölkerung gibt es auch in dieser Gruppe Menschen, die politisch aktiv sein wollen, und andere, die sich nicht in der Lage sehen oder kein Bedürfnis haben, sich mit politischen Themen zu beschäftigen.» Es sei schlicht nicht akzeptabel, Menschen von diesem Recht auszuschliessen, hält der Jurist ganz im Sinn der UN-BRK fest. Damit werde ihnen gleichsam die Qualität als Staatsbürgerin oder Staatsbürger abgesprochen. In einer Demokratie gehören die politischen Rechte zu den Grundrechten, unterstreicht auch Jan Habegger von Insieme Schweiz. «Diese müssen allen gewährt werden, egal ob jemand diese dann auch tatsächlich wahrnimmt oder nicht.»

Nicht gelten lässt Cyril Mizrahi das immer wieder gehörte Argument, dass Menschen aufgrund der Schwere ihrer Behinderung leicht instrumentalisiert oder gar Opfer eines Betrugs werden können. «Es gibt viele Menschen, die bei ihren Entscheidungen auf ihr Umfeld hören.» Und: «Ich denke, dass man gerade bei Menschen mit Behinderung zurückhaltend damit ist, diese zu beeinflussen.» Es bestehe immer ein Risiko, dass Menschen versuchen, andere von ihrer Meinung zu überzeugen oder zu manipulieren, sagt Jérôme Laederach, Präsident des Branchenverbands Insos im Kanton Genf. Sollte es zu einem Betrug kommen, müsse man diesen gerichtlich ahnden. «Entzieht man aber Menschen im Hinblick auf

einen möglichen Betrug ihre politischen Rechte, bestraft man die potenziellen Opfer und nicht die Täter», so Jérôme Laederach.

Im Kanton Genf hat das langjährige Engagement von Politikerinnen und Politikern, darunter auch von Cyril Mizrahi, der für die SP im kantonalen Parlament sitzt, dazu geführt, dass die Genferinnen und Genfer Ende November 2020 mit grosser Mehrheit einer Anpassung der kantonalen Verfassung zugestimmt haben. Neu dürfen in Genf auf kantonomer und kommunaler Ebene alle Menschen mit Behinderung ohne jede Einschränkung wählen und abstimmen. Dem Beispiel Genf folgend, wurden in mehreren Kantonen, so in den beiden Basel, in Neuenburg und im Kanton Waadt, parlamentarische Vorstösse angenommen, die die politischen Rechte allen Menschen mit Behinderung gewähren wollen. In weiteren Kantonen wird das Thema diskutiert. Auf Bundesebene hat der Ständerat im März 2021 ein entsprechendes Postulat von Marina Carobbio (SP, Tessin) angenommen. Als Folge davon erarbeitet der Bundesrat derzeit einen Bericht.

«Mit einem Ausschluss wird diesen Menschen die Qualität als Staatsbürgerin oder Staatsbürger abgesprochen.»

Cyril Mizrahi, Jurist in Genf, auch für Inclusion Handicap

Die Kantone und der Bund machen sich damit auf einen Weg, den zahlreiche andere Länder schon länger beschritten haben. Unter anderem können in unseren Nachbarländern Frankreich, Österreich und Italien alle Menschen mit Behinderung ihre politischen Rechte wahrnehmen.

Fehlende Unterstützung – auch wegen Vorurteilen

Selbst wenn niemand mehr von der Wahrnehmung der politischen Rechte ausgeschlossen sein wird, bedeutet dies nicht, dass alle Personen ihre politischen Rechte auch tatsächlich wahrnehmen respektive wahrnehmen können. Ein grosser Teil der Erwachsenen mit Behinderung hat heute bereits zumindest theoretisch die Möglichkeit dazu – in der Praxis bleiben dennoch viele davon ausgeschlossen. Dies trifft insbesondere auf Erwachsene mit einer kognitiven Beeinträchtigung zu, eine Gruppe, die Jan Habegger von Insieme Schweiz auf insgesamt rund 60 000 Personen schätzt. Ein Fünftel bis höchstens ein Viertel derer, die tatsächlich abstimmen dürfen, machen das auch, meint Habegger. Und damit doch deutlich weniger als die stimmberechtigte Bevölkerung im Allgemeinen.

Ein wichtiger Grund für diese Absistenz sei die Komplexität des Wahl- und Abstimmungsmaterials, sind sich die Vertreter der Menschen mit Behinderung einig. «Junge Stimmberechtigte haben oft schon grosse Probleme, die Abstimmungsunterlagen zu verstehen, noch schwieriger ist das für Menschen mit einer geistigen Behinderung», stellt etwa Jérôme Laederach von Insos Genf fest. Diese Komplexität der Unterlagen führe dann dazu, wie Jan Habegger beobachtet, dass Eltern und auch Institutionen sich mit der Aufgabe allein gelassen fühlen, die Interessierten in der politischen Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Aus diesen Gründen dürfte so manches Abstimmungs kuvert ungeöffnet bleiben, obwohl sich die entsprechenden Personen – mit der nötigen Unterstützung – womöglich durchaus eine Meinung hätten bilden können →

Textilservice für Bewohnerwäsche

Die Kleidung ist Teil der individuellen Persönlichkeit eines Menschen und verdient daher individuelle, sorgfältige Pflege. Das gilt auch für die Kleidung der Seniorinnen und Senioren in Alters- und Pflegeheimen. Mit dem Textilservice für Bewohnerwäsche leistet bardusch genau diese Individualität in der Aufbereitung und entlastet damit die Institutionen.

Die Blusen, Wollpullover, Hemden, Hosen und Kleider in verschiedenen Stoffqualitäten verlangen viel Know-how in der Aufbereitung, damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner darin wohl fühlen. Mit dem Textilservice für Bewohnerwäsche nimmt bardusch den Alters- und Pflegeheimen die aufwendige Pflege und Feinlogistik der Privatwäsche ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ab.

Wäscheservice und Logistik: einfach, zuverlässig, effizient

Bevor der Wäscheservice für die Bewohnerwäsche startet, kennzeichnet bardusch jedes Kleidungsstück mit einem permanenten Matrixcode. Darauf sind alle wichtigen Daten des Besitzers resp. der Besitzerin gespeichert. Nach dem Tragen geben die Bewohnerinnen und Bewohner die Kleidung bequem in einen individuell gekennzeichneten Wäschesack und bardusch holt diesen in einem festgelegten Rhythmus ab. Die Bewohnerwäsche wird gemäss Pflegekennzeichnung und Farbe sortiert, gewaschen und getrocknet. Die Auslieferung der schrankfertig aufbereiteten Kleidung erfolgt wieder im beschrifteten Wäschesack.

Vorteile mit dem Wäscheservice von bardusch

Mit bardusch haben die Institutionen einen Partner, der die Kleidung mit

grösster Sorgfalt pflegt und sie vollständig wieder anliefern. Die Verantwortlichen der Alters- und Pflegeheime profitieren von einem Wäschedienstleister, der zuverlässig, wirtschaftlich und mit höchstem Qualitätsanspruch arbeitet:

- Institutionen sparen Investitionen in die Wäscherei-Infrastruktur sowie in Personal-, Betriebs- und Unterhaltskosten.
- Die desinfizierenden Waschverfahren unterstützen die Infektionsprävention in den Institutionen. Das Hygienemanagementsystem bei bardusch ist nach EN 14065 (RABC Risikoanalyse und Kontrollsystem Biokontamination) zertifiziert. Die mikrobiologische Qualität der Wäsche wird regelmässig kontrolliert und von unabhängigen Labors bestätigt.

Und nicht zuletzt profitieren die Kunden von einem Partner, der wirtschaftlich denkt und der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Dazu gehören u. a. eine energieeffiziente Wasch- und Trockentechnik, eine emissionsoptimierte Fahrzeugflotte und der Einsatz umweltfreundlicher Waschmittel. Die verwendeten «Green Line®»-Produkte sind mit dem EU Ecolabel zertifiziert, dem offiziellen und europaweit anerkannten Gütesiegel für höchste Umweltfreundlichkeit. Die Waschmittel sind dermatologisch getestet, besser für die Umwelt und haben die gleiche Wirksamkeit wie konventionelle Produkte.

Rund um gut versorgt

Mit dem Textilservice für Bewohnerwäsche kümmert sich bardusch um alles rund um die Wäsche im Alters- und Pflegeheim. Eine persönliche Ansprechperson steht den Institutionen jederzeit beratend zur Seite.



Ich gehe meinen Weg mit
einer **Weiterbildung**.
Natürlich bei ARTISET.

Fachkurse und Lehrgänge

- Führung/Management
- Sozial- und Kindheitspädagogik
- Pflege und Betreuung
- Gastronomie/Hauswirtschaft
- Selbst- und Sozialkompetenz

ARTISET
Bildung

ARTISET Bildung
Weiterbildung

Abendweg 1, Postfach, 6000 Luzern 6
+41 41 419 01 72
wb@artisetbildung.ch, artisetbildung.ch/weiterbildung

«Das Umfeld entscheidet oft vorschnell, dass sich eine Person nicht für politische Belange interessiert – in der Annahme, dass die Themen von deren Lebenswelt zu weit weg seien.»

Jan Habegger, stellvertretender Geschäftsführer von Insieme Schweiz

respektive bilden wollen. Die fehlende Unterstützung sei zuweilen auch auf Vorurteile zurückzuführen, stellt Jan Habegger fest. So entscheide das Umfeld oft vorschnell, dass doch kein politisches Interesse vorhanden sei, weil die Themen von der Lebenswelt der Menschen mit Behinderung viel zu weit weg seien.

Solche Vorurteile seien auch im Vorfeld der Volksabstimmung in Genf ein Thema gewesen, erinnert sich Marina Vaucher, Verbandsverantwortliche von Insos Genf. Selbst einige Fachpersonen hätten sich kritisch zur Vorlage geäußert, weil die Teilnahme von Menschen gerade mit stärkeren kognitiven Behinderungen doch wenig Sinn mache und zu kompliziert sei. Eine Sichtweise, die Marina Vaucher und Jérôme Laederach explizit nicht teilen.

Abstimmungscafé als Orientierungshilfe

Damit Menschen mit Behinderung sich gemäss der Forderung der UN-BRK «gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend» am politischen Prozess beteiligen können, benötigen sie Unterstützung. Die mittlerweile in etlichen Kantonen und auf Bundesebene laufenden Bemühungen, allen Personen mit Behinderung die politischen Rechte zu gewähren, dürften

hier zu vermehrten Anstrengungen führen. Das zeigt das Beispiel Genf: Die Staatskanzlei hat eine Broschüre in Leichter Sprache erarbeitet, die Interessierten erklärt, wie sie wählen können. Ergänzend zur Broschüre gibt es auch ein Erklärvideo.

Nicht als ihre Aufgabe erachtet die Genfer Staatskanzlei indes die einfache Aufbereitung des Abstimmungsmaterials. Der Grund: Nicht ganz korrekte Informationen im offiziellen Abstimmungsbüchlein können dazu führen, dass eine Abstimmung für ungültig erklärt wird. In die Bresche springen Institutionen für Menschen mit Behinderung. Jérôme Laederach: «Es gibt interinstitutionelle Gruppen, die das Abstimmungsmaterial in eine leicht lesbare und verständliche Sprache übersetzen.» Darüber hinaus gebe es, ergänzt Marina Vaucher, Bemühungen, Abstimmungscafés zu organisieren, um eine Diskussion über die Inhalte zu ermöglichen. Vorbild der Genfer ist das «Bla-Bla-Vote» der Stiftung Eben-Hézer in Lausanne (siehe Seite 14).

Solche Diskussions- und Austauschgruppen hält Jan Habegger von Insieme Schweiz für zentral: «Auf diese Weise werden die Interessierten befähigt, sich einen Überblick zu verschaffen.» Auch in der Deutschschweiz gebe es einige Institutionen für Menschen mit

Behinderung, welche die politische Bildung ihrer Mitarbeitenden oder Bewohnenden fördern. Dabei handelt es sich vor allem um Institutionen, in denen die Mitsprache, etwa im Rahmen von Selbstvertretungsgruppen, generell praktiziert wird. Noch kaum ein Thema sei die politische Bildung, so Habegger, in den Sonderschulen und der beruflichen Grundbildung für Menschen mit Behinderung.

Bund und Kantone stehen – noch – am Anfang

Die Behörden auf der Ebene der Kantone und des Bundes machen generell noch zu wenig, so Habegger. Ähnlich wie der Kanton Genf haben die Kantone Aargau und Graubünden Wahlanleitungen erarbeitet. Gleiches gilt für einzelne Städte, so etwa Uster und Wallisellen im Kanton Zürich. Auf Bundesebene hat Insieme gemeinsam mit der Organisation Easy Vote, welche die politische Beteiligung von jungen Erwachsenen fördert, im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen von 2019 eine Wahlhilfe in Leichter Sprache erarbeitet. Diese wurde zur Hälfte vom Bund mitfinanziert.

Auf Bundesebene entwickelt derzeit die Bundeskanzlei in Zusammenarbeit mit den Sehbehinderten- und Blindenorganisationen Abstimmungsschablonen. Ein Pilotversuch mit Abstimmungserläuterungen in Leichter Sprache hingegen ist vor zwei Jahren abgelehnt worden. Die Argumentation ist ähnlich wie jene der Genfer Staatskanzlei: Eine exakte Übersetzung würde zu einem viel zu langen Text führen. Und mit einer Reduktion der Information laufe man Gefahr, eine Wertung vorzunehmen. Eine Argumentation, die Jan Habegger und Cyril Mizrahi im Grundsatz nachvollziehen können. Beide sehen indes eine Möglichkeit darin, dass der Staat diese Übersetzungsarbeit an eine Organisation auslagert, diese dann aber auch dafür bezahlt. Bei der Erarbeitung des Abstimmungsmaterials müsse in erster Linie der Staat die Verantwortung übernehmen. ■

Bla-Bla-Vote: Ein integratives Bürgerforum

An der Abstimmungsveranstaltung zur AHV-Reform im Lausanner Quartierzentrum Chailly kamen Menschen mit und ohne Behinderung miteinander in Kontakt und tauschten sich aus. Bereits zum siebten Mal seit 2016 fand hier eine solche Veranstaltung im Vorfeld einer eidgenössischen Abstimmung statt.

Fotos: Héléne Tobler

Bla-Bla Vote ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Eben-Hézer in Lausanne und dem Quartierzentrum Chailly. Ziel dieses Bürgerforums ist es, den Bewohnerinnen und Bewohnern des Lausanner Quartiers Chailly die Möglichkeit zu bieten, sich eine Meinung zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen zu bilden. Ein Gespräch mit den beiden Forumskoordinatoren und einem Direktionsmitglied von Eben-Hézer Lausanne.

Von Anne Vallelian

Die Geschichte beginnt in einem Wohnheim der Institution Eben-Hézer in Lausanne, wo Omar Odermatt als Nachtwächter arbeitet. Bei einer Tasse Tee erklärt der Politikbegeisterte den Bewohnerinnen und Bewohnern die Abstimmungsthemen. Der Koordinator von Bla-Bla Vote erinnert sich: «Da ich Politikwissenschaften studiert hatte, wurde ich oft zu Abstimmungsthemen befragt.» In Verbindung mit der Annahme der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) durch die Schweiz wurde dann 2015 innerhalb der Stiftung Eben-Hézer die Bewegung «Tous Citoyens!» ins Leben gerufen. Etwas später fand eine Umfrage zu den politischen Rechten und zur Mitsprache von Menschen mit Behinderung statt. Diese zeigte Lücken auf.

Zudem wurde Bruno Wägli, stellvertretender Direktor von Eben-Hézer Lausanne, von zahlreichen Betreuenden darauf angesprochen, was mit den an die Einrichtung geschickten Stimmcouverts geschehen soll. «Viele landeten im Papierkorb», erklärt Bruno Wägli. «Da erfuhr ich von den Gesprächen, die Omar Odermatt mit den Bewohnerinnen und Bewohnern führte.» Um die ermittelten Schwachstellen zu beheben, wandte sich der stellvertretende Direktor an Omar Odermatt und bat ihn, sein innovatives Konzept auch in der Stiftung Eben-Hézer anzuwenden.

Eine gewinnbringende Partnerschaft

2015 erfolgt dann der Startschuss für das Projekt. Doch damit die Idee wirklich Gestalt annehmen konnte, nahm die Lausanner Institution Kontakt mit dem Quartierzentrum Chailly auf. «Eben-Hézer ist ein integraler Bestandteil des Quartiers», betont Omar Odermatt. «Die Bewohnerinnen und Bewohner der Institution werden daher als Quartierbewohnerinnen und -bewohner betrachtet, was sehr wichtig ist.» Diese Kontaktnahme kam genau zum richtigen Zeitpunkt. So verfügte das Quartierzentrum Chailly noch über kein Projekt zur Förderung der politischen Partizipation. «Ein Quartierzentrum ist ein Begegnungsort, der Menschen ermöglicht, soziale Bindungen aufzubauen und Ideen zu entwickeln», so Nadège Marwood, Koordinatorin von

Bla-Bla Vote. «Die Förderung der Teilnahme am staatsbürgerlichen und gemeinschaftlichen Leben ist daher Teil unserer Aufgaben.»

Das erste Bla-Bla-Vote-Treffen fand 2016 statt. Am 3. September wurde im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung vom 25. September bereits die siebte Veranstaltung durchgeführt. Die Projektmitglieder arbeiten an der Entwicklung eines Konzepts und einer Methodik, damit das Instrument auch auf andere Einrichtungen übertragen werden kann, die ein ähnliches Bürgerforum einrichten möchten. Bla-Bla Vote steht unabhängig von ihrem Stimmrecht allen Menschen offen. «Ob Ausländerinnen und Ausländer, erwachsene Personen mit und ohne Behinderung, Kinder und Jugendliche – Bla-Bla Vote ist für alle ein Gewinn», so Nadège Marwood. Denn selbst für viele Stimmbürgerinnen und →

BLA-BLA-VOTE-TREFFEN ZUR AHV-REFORM

Es sind rund zwanzig Personen, Einwohnerinnen und Einwohner des Lausanner Quartiers Chailly sowie Bewohnerinnen und Bewohner der Stiftung Eben-Hézer, die am Samstag, dem 3. September, den Weg zum Maison de quartier de Chailly gefunden haben, um am Bla-Bla-Vote-Treffen teilzunehmen. Auf dem Programm steht die Reform der AHV, eine der nationalen Abstimmungsvorlagen vom 25. September. Für eine kontroverse Diskussion über die Vorlage haben Nadège Marwood und Omar Odermatt, die das Bürgerforum koordinieren, Vertretende des Ja- und des Nein-Lagers eingeladen: Das Ja-Lager vertraten Faustine Tsala, Präsidentin der jungen Waadtländer Mitte-Partei, sowie Emmylou Maillard, Präsidentin der jungen SVP des Kantons Waadt. Gegen die Reform argumentierten Claire Jobin und Danielle Axelroud, Mitglieder des Waadtländer Frauenstreiks. An der Veranstaltung anwesend war auch Yvette Jaggi, «Grande Dame» der Waadtländer SP. Bei Bedarf formulierte Omar Odermatt die Fragen und Voten der Anwesenden in Leichter Sprache. Auf dem Webradio von Eben-Hézer steht allen Interessierten ein Podcast der Veranstaltung zur Verfügung.

→ www.radio.eben-hezer.ch



Forumskoordinatorin Nadège Marwood erläutert im Quartierzentrum Chailly in Lausanne den Ablauf der Abstimmungsdiskussion über die AHV-Reform.

Stimmbürger ohne Behinderung sind die Abstimmungunterlagen angesichts der verwendeten Fachbegriffe bisweilen schwer verständlich. «Bla-Bla Vote ist so in der Lage, möglichst vielen Menschen zu helfen.»

Vorbereitungs-Workshops

Vor jedem Bla-Bla-Vote-Treffen organisieren die beiden Koordinatoren ein Vorbereitungsgespräch mit den Heimbewohnenden. «Dieser Schritt ist wichtig. Ziel ist es, die Bewohnerinnen und Bewohner zu begleiten, damit sie unter optimalen Bedingungen und Voraussetzungen am Bla-Bla-Vote teilnehmen können», betonen Omar Odermatt und Nadège Marwood. Gemeinsam wählen sie nach verschiedenen Kriterien eine Abstimmungsvorlage aus. «Wir versuchen jeweils, ein Thema herauszugreifen, das für die interessierten Personen sowohl relevant als auch möglichst zugänglich ist. Und wir wählen kontroverse Themen aus. Je mehr die Ansichten auseinandergehen, desto einfacher ist es, sich eine Meinung zu bilden.»

Während dieser Vorbereitungsveranstaltung stellen die beiden Koordinatoren den Bewohnenden auch die zur Debatte eingeladenen Rednerinnen und Redner vor. Um ihnen die gewählten Abstimmungsvorlage zu erläutern, verwendet das Koordinatorenduo eine leicht lesbare und verständliche Sprache. «Wir greifen auch gerne auf YouTube-Videos zurück, in denen die Vorlage vorgestellt wird, oder spielen die Filme in Zeitlupe ab, um das Verständnis zu erleichtern.» Am Ende des Workshops formulieren alle gemeinsam Fragen, die anlässlich der Debatte an die eingeladenen Personen

gerichtet werden sollen. «Diese Phase ist entscheidend», fügt Bruno Wägli an. «Beim ersten Bla-Bla-Vote 2016 hatten die Bewohnerinnen und Bewohner keinen Vorbereitungs-Workshop besucht und hinkten den übrigen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern bezüglich Wissensstand hinterher.» Für eine optimale Teilnahme braucht es daher im Vorfeld des Anlasses Unterstützung. «Die Bewohnerinnen und Bewohner sehen sich nicht unbedingt Nachrichten im Fernsehen an und hören auch kein Radio. Bla-Bla Vote ist in seiner Funktion als Bürgerforum ein effizientes Kommunikationsmittel, das Zugang zu aktuellen Informationen verschafft und ein besseres Verständnis politischer Vorgänge vermittelt.»

Im Schnitt nehmen rund zehn Personen an den Vorbereitungs-Workshops teil und meistens sind es die gleichen. «Sie fühlen sich in der Gemeinschaft wahrgenommen und werden in erster Linie als Einwohnerinnen und Einwohner von Chailly angesehen. Das ist sehr wertvoll», erklären die beiden Koordinatoren begeistert. Die Sitzung ist auch eine gute Gelegenheit zur Nachbesprechung der letzten Bla-Bla-Vote-Ausgabe. «Es ist von zentraler Bedeutung, ihre Eindrücke zu sammeln, um die folgenden Bla-Bla-Vote-Treffen zu verbessern.»

Politikerinnen und Politiker machen mit

Am Tag der Debatte im Quartierzentrum von Chailly geht es vor allem darum, dass das Publikum den eingeladenen Personen Fragen stellt. «Unsere Aufgabe besteht darin, die Fragen des Publikums und die Antworten der Gäste zu begleiten, zu moderieren und gegebenenfalls neu zu formulieren oder die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner beim Lesen ihrer Notizen zu unterstützen.» Von den Projektmitgliedern wurden dafür entsprechende Rahmenbedingungen erarbeitet. «Wir haben eine Bla-Bla-Charta eingeführt, die sich für die Achtung der Meinungsvielfalt und das gegenseitige Wohlwollen einsetzt.»

EBEN-HÉZER LAUSANNE

Eben-Hézer Lausanne ist Teil der Stiftung Eben-Hézer, die 1899 von Schwester Julie Hofmann gegründet wurde. Die Institution hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Wohlbefinden und die Entwicklung der aufgenommenen Menschen zu fördern. «Neben unserer Betreuungsarbeit werben wir für einen positiven Blick auf Menschen mit Behinderungen und setzen unsere Kompetenzen ein, um ihnen eine Mitwirkung und den Einbezug in die Gesellschaft im weiteren Sinne zu ermöglichen», erklärt Bruno Wägli. Soziale Teilhabe, Inklusion und staatsbürgerliche Verantwortung sind daher Themen, die für die Lausser Einrichtung von besonderer Bedeutung sind. Last but not least bietet sie ihren Bewohnenden eine breite und vielfältige Palette an Leistungen: Unterkunft (Wohnungen im Quartier, Studios im Heimgebäude oder begleitetes Wohnen), Werkstätten zur Sozialisierung, Tageszentrum sowie Sport- oder Freizeitaktivitäten.

→ www.eben-hezer.ch

«Wir haben eine Bla-Bla-Charta eingeführt, die sich für die Achtung der Meinungsvielfalt und eine wohlwollende Haltung einsetzt.»

Nadège Marwood und Omar Odermatt, Koordinatoren des Bürgerforums

Was ist das Besondere an Bla-Bla Vote? «Das Schwerk-
gewicht der Veranstaltung liegt auf den Publikumsfragen.» Die
eingeladenen Personen werden angewiesen, ihre Aussagen
möglichst zu vereinfachen. «Die Rückmeldungen der Poli-
tikerinnen und Politiker sind sehr positiv», bestätigen
Nadège Marwood und Omar Odermatt. «Sie nehmen un-
sere Einladung gerne an. In der Schweiz haben wir zum
Glück zugängliche Volksvertreterinnen und Volksvertreter,
die gern mitmachen.» So ergriff bereits eine Reihe promi-
nenter Waadtländer Politikerinnen und Politiker der kom-
munalen, kantonalen und nationalen Ebene in Chailly das
Wort, um die Fragen der Quartierbewohnerinnen und
-bewohner zu beantworten: Unter ihnen auch der FDP-
Politiker Laurent Wehrli (Nationalrat und Stadtpräsident
von Montreux). Laurent Wehrli ist Co-Präsident der Föder-
ation Artiset. Engagierte Auftritte in Chailly hatten auch
sein Parteikollege Olivier Français (Ständerat und Lausanner
Stadtrat), SP-Politikerin Rebecca Ruiz (Waadtländer Staats-
rätin) und ihr Parteikollege Roger Nordmann (Nationalrat).

«Im Anschluss an Bla-Bla Vote erhalten Stimmberechtigte,
die abstimmen möchten, Unterstützung beim Ausfüllen der
Stimmzettel», erläutert Bruno Wägli.

Eine vielversprechende Zukunft

Die erste Veranstaltung von Bla-Bla Vote hatte grossen
Zulauf. «Danach liess der Erfolg ein wenig nach», räumt
Bruno Wägli ein. «Wir mussten auch mit den Einschrän-
kungen der Pandemie zurechtkommen und boten Bla-Bla
Vote als Podcast über unser Webradio an. Wir mussten uns
neu erfinden, um den Fortbestand des Projekts zu sichern.»
Nach Ansicht des stellvertretenden Direktors hat Bla-Bla
Vote jedoch eine grosse Zukunft vor sich. «Die ersten fünf
Jahre waren für uns eine Entwicklungs- und Versuchsphase,
in der wir jedoch viel Erfahrung sammeln konnten.» Copil,
das strategische Organ von Bla-Bla Vote, dem unter anderem
die beiden Koordinationsverantwortlichen und Bruno Wäg-
li angehören, ist entschlossen, mit Bla-Bla Vote einen zwei-
ten Anlauf zu nehmen und dazu verstärkt auf die Quartier-
bewohnerinnen und -bewohner zuzugehen. «Die Reaktionen
aus Medien und Politik sind sehr positiv, doch fehlt uns
noch die Meinung der Menschen im Quartier. Deshalb würden
wir gern die Restaurants in der Umgebung einbeziehen. Das
ist ein Projekt, in das wir grosse Hoffnungen setzen.» ■

Eine Bildreportage zum Bla-Bla-Vote
vom 3. September finden Sie hier:



Anzeige

Arbeitsheim
Wangen

Stiftung für Wohnen und Arbeiten

Bei uns erhalten Rohstoffe eine zweite Chance!

Wir verwandeln gebrauchtes Verpackungsmaterial in
Badesalz-Säckli und Recycling-Holz in Kinderspielzeug.
Auf der Suche nach einem sinnvollen Geschenk
hergestellt mit Herz?

Schauen Sie bei uns vorbei oder nehmen Sie mit uns
Kontakt auf.

www.arbeitsheim.ch



RedLine[®]
Software
redline-software.ch

«Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu engagieren»

Wie funktioniert eine Politikampagne? Wie binde ich die Medien ein? Wie mobilisiere ich für ein Anliegen? Diese und andere Fragen behandelt die neue Weiterbildung «Politinklusiv» von Pro Infirmis. Sie richtet sich an Menschen mit Behinderungen, die sich politisch engagieren möchten.

Von Anne-Marie Nicole

«Weiterbildungen sind nicht nur zum Lernen da, sie sollen die Menschen auch dazu motivieren, aktiv zu werden und ihr eigenes Netzwerk aufzubauen», betont Sébastien Kessler. Am Vernetzungsanlass in Bern, der den Abschluss der ersten Ausgabe von «Politinklusiv» («Politinclusive» auf Französisch) bildete, sass ihm ein rund 60-köpfiges Publikum gegenüber. Das Angebot von Pro Infirmis richtet sich an Menschen mit Behinderungen, die sich politisch engagieren möchten. Sébastien Kessler ist Mitbegründer des Beratungsbüros id-Geo für universelle Zugänglichkeit und seit 2015 Gemeinderat von Lausanne. Er hat die französischsprachigen Module der Weiterbildung konzipiert und lebt selbst mit einer Behinderung. Dies allerdings schon so lange, dass er seinen Rollstuhl gar nicht mehr wahrnehme, meint er.

Die Teilnehmenden betonten an der Weiterbildung, wie wichtig dieser Vernetzungsanlass ist, nicht zuletzt auch, weil sie sich bisher nur virtuell getroffen hatten. Das erste Mal fand Politinklusiv wegen Covid online statt und umfasste vier Module zu je drei Stunden. Die Weiterbildung wurde zwischen Februar und März 2022 parallel auf Deutsch und

auf Französisch mit je 17 Teilnehmenden durchgeführt. Dazu gehörten nicht nur Politneulinge, sondern auch Personen mit ersten Erfahrungen. Sie erwarben dabei theoretische Grundlagen, erhielten praktische Ratschläge für die Umsetzung von Kampagnen oder für die Medienarbeit und lernten Tricks zur Mobilisierung und um etwas zu bewirken. Zudem konnten sie vom Wissen und den Erfahrungen der auf Politik und Kommunikation spezialisierten Moduleitenden profitieren.

Eine Stimme mit zu wenig Gehör

Sébastien Kessler, der die französischsprachigen Teilnehmenden betreute, gibt zu, dass es eine Herausforderung war, eine solche Weiterbildung mit Auszubildenden auf die Beine zu stellen, die weder selbst betroffen noch mit dem Behinderertenwesen vertraut sind. Im Sinne von mehr Inklusion war dies aber auch gewollt. Die verschiedenen Lebensläufe stellten für die Modulinhalte zweifellos eine Bereicherung dar und zeigten, «dass es auch ohne Erfahrung in der Politik viele Möglichkeiten gibt, sich zu engagieren».

Obwohl Menschen mit Behinderungen einen Fünftel der Schweizer Bevölkerung ausmachen, sind sie laut Pro Infirmis in der Politik untervertreten. Ihre Anliegen werden nicht ausreichend berücksichtigt und ihre Stimme erhält zu wenig Gehör. Dennoch zeigen sie ein klares Interesse an öffentlichen Angelegenheiten. Ein Beweis dafür ist diese Weiterbildung, die innert kurzer Zeit ausgebucht war. Mithilfe des Programms möchte Pro Infirmis Menschen mit Behinderungen das politische Engagement erleichtern und gleichzeitig einen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) leisten. Im Fokus steht insbesondere der Artikel 29, der das Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben explizit festhält.

In diesem Zusammenhang erinnert Kessler an die Beobachtungen des UN-Behindertenrechtsausschusses vom März zur Schweiz. Sinngemäss empfiehlt der Ausschuss in Bezug auf Artikel 29 der Schweiz, «alle gesetzlichen Massnahmen auf Bundes- und kantonaler Ebene aufzuheben, die Menschen mit Behinderungen (...) das Wahl- und Stimmrecht absprechen», «sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (...), insbesondere die Gewährleistung der Zugänglichkeit des Abstimmungsverfahrens» und «Mechanismen einzurichten, die das Recht aller Menschen mit Behinderungen auf Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben, auch durch Interessenvertretung, gewährleisten».

Caroline, 29-jährige Grafikerin aus Freiburg, kam nach Bern, um von ihrer Teilnahme an der französischen Ausgabe von Politinklusive zu erzählen. «Mich interessierte, wie unser System funktioniert, da ich Dinge verändern möchte, vor allem in der Arbeitswelt», erklärte sie dazu. Ein besonderes Highlight war für sie, sich vor Ort mithilfe einer Simultanübersetzung und ohne Bildschirmfilter austauschen zu können. «Für mich ist Networking oberstes Gebot.» Dieser Meinung ist auch Patrick, ein Luzerner mit politischer Erfahrung, der den deutschsprachigen Kurs besuchte, weil es ihm noch an Rüstzeug gefehlt habe. Er schätzte vor allem die vielfältigen Interessen, Horizonte und Anliegen der anderen Teilnehmenden. Gleichzeitig hob er aber auch die Schwierigkeit hervor, sich in der Gebärdensprache auszudrücken, «da sie den Sichtkontakt mit den anderen verhindert, obwohl der physische Kontakt gerade in der Politik sehr wichtig ist». Daneben stellt sich ihm noch eine finanzielle Frage: «Ich brauche für die Gespräche einen Dolmetscher. Wer bezahlt das? Das ist ein echtes Problem.»

Sich selbst nicht unterschätzen

Im Podium teilten Politikerinnen und Politiker mit Behinderungen, die sich auf kommunaler, kantonaler oder Bundesebene engagieren, ihre Erfahrungen. Sie sprachen von ihren Anfängen in der Politik, den Schwierigkeiten und Hindernissen, aber auch von den Erfolgen.

Maud Theler wurde im März 2021 als erste Abgeordnete mit Behinderung in den Walliser Grossrat gewählt. «Vor

«Wir dürfen uns nicht selbst unterschätzen. Warum sollten wir es nicht schaffen, wenn es Menschen ohne Behinderung schaffen.»

Maud Theler, Walliser Grossrätin

meiner Wahl war mir nicht bewusst, wie viel wir bewirken können», erzählt sie. «Wenn ich bei den Verwaltungsabteilungen einen Antrag stelle und neben meinem Namen noch mein Amt als Abgeordnete angebe, ist das gleich viel effektiver!», berichtet sie und warnt gleichzeitig davor, die eigene Stellung zu missbrauchen. Als Empfehlung an die Adresse der zukünftigen Politikerinnen und Politiker fügt sie mit Überzeugung hinzu: «Wir dürfen uns nicht selbst unterschätzen. Warum sollten wir es nicht schaffen, wenn es Menschen ohne Behinderung schaffen.» In einem Punkt waren sich in Bern alle Anwesenden – mit und ohne politische Erfahrung – einig: Inklusion erfordert politisches Handeln.

Fortsetzung erwünscht

Für Pro Infirmis ist die erstmalige Durchführung ein Erfolg. Die Rückmeldungen waren sehr positiv, obwohl das Online-Format nicht von allen gleichermassen geschätzt wurde. Zwar ersparte es den Menschen mit eingeschränkter Mobilität beschwerliche Reisen, konnte aber die Spontaneität und den regen Austausch einer Präsenzveranstaltung nicht ersetzen. Daher der Vernetzungsanlass in Bern, damit sich die Teilnehmenden beider Durchführungen treffen und austauschen konnten. «Wir werden die Weiterbildung wieder anbieten», versichert Ildiko Botta, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Pro Infirmis und Mitverantwortliche für das Angebot. Online? Präsenzveranstaltung? Hybrid? Das steht noch nicht fest. «Wir überlegen uns auch eine Abstufung der Module je nach den Bedürfnissen und Vorkenntnissen der Teilnehmenden», ergänzt sie. Eines ist jedoch sicher: «Wir werden auch weiterhin Menschen mit Behinderungen und Interesse an einem politischen Engagement vernetzen.»

Anfang September bot sich diesen bereits die Gelegenheit für einen erneuten Austausch. In Bern fand ein zweiter Vernetzungsanlass als Präsenzveranstaltung und mit Simultanübersetzung auf Deutsch, Französisch und in Gebärdensprache statt. Die Anwesenden konnten dabei über den Sinn, die Zukunft und die Form ihres Netzwerks diskutieren. ■

Infos zu Politinklusive:

→ www.proinfirmis.ch > Politinklusive

«Das Leben endet nicht an der Tür zum Pflegeheim»

Die aktive Teilnahme am politischen Leben kann zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität von Menschen im Alter beitragen. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie, an der insbesondere Westschweizer Pflegeheime teilgenommen haben. Sie schliesst an andere Studien und Projekte zum Thema Stimmrecht für Betagte in Pflegeheimen an. Diese liegen jedoch bereits rund 15 Jahre zurück.

Von Anne-Marie Nicole

«Wir haben regelmässig Abstimmungsmaterial im Abfall gefunden. Die einen wollten es nicht, andere legten es mit der Erklärung zur Seite, dass ihre Angehörigen für sie abstimmten», erinnert sich Sabine Udry Dumoulin, Aktivierungsfachfrau Gerontologie in der Résidence Mandement im Herzen des Dorfes Satigny GE. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen stellen fest, dass Betagte nach dem Heimeintritt oft keine Lust mehr haben, sich mit Kandidierenden zu befassen oder Entscheidungen zu treffen. Die Bewohnerinnen und -bewohner selbst zweifeln manchmal an der Legitimität ihrer Stimm-

abgabe. «Wozu abstimmen, die Welt dreht sich auch ohne mich weiter.» Diese von Sabine Udry Dumoulin rapportierten Worte bringen ein Gefühl zum Ausdruck, das vielen Heimbewohnenden gemeinsam ist.

Angst vor dem Vorwurf der Beeinflussung

Hinzu kommt die Rechtsunsicherheit, die rund um das Stimmrecht von Betagten im Heim herrscht und oft auch die Pflegeteams in Verlegenheit bringt. Diese machen sich Gedanken über den Sinn, Personen mit kognitiven Störungen das Abstimmungsmaterial auszu-

händigen. Aus Angst vor dem Vorwurf der Beeinflussung zögern sie, den Betagten beim Ausfüllen des Stimmzettels zu helfen, oder sie fühlen sich nicht kompetent genug, um die Abstimmungsvorlagen zu erklären. Auch Sabine Udry Dumoulin selbst fühlte sich nicht in der Lage, alle Fragen zum Abstimmungsverfahren oder zu den Abstimmungsthemen zu beantworten. «Zudem ist es sehr schwierig, bei den Erklärungen neutral zu bleiben. Und Neutralität ist aus ethischer Sicht unabdingbar. Es braucht also unparteiische Personen, welche die Anliegen klar und objektiv erklären können.»

Die Aktivierungsfachfrau teilte ihre Besorgnis mit einer befreundeten Politologin der Universität Genf, Barbara Lucas. Auch sie stellte fest, dass Pflegeheime keine Aktivierungsangebote zum Thema Staatsbürgerschaft haben. Innert kurzer Zeit organisierten die beiden Frauen in der Résidence Mandement ein erstes Gespräch am Runden Tisch. Barbara Lucas stellte ein Team von Politologinnen und Politologen zusammen, die sich in die Heime begaben und dort die wichtigsten Punkte der Abstimmungsvorlagen erklärten. Dieses Vorgehen wiederholten sie mehrmals. Von insgesamt 45 Heimbewohnenden nahmen jedes Mal rund zehn Personen am Austausch teil. Einige davon waren immer dabei, andere kamen neu dazu. Nicht selten schlossen sich auch Mitarbeitende an.

So ist schliesslich das Projekt «Voter en EMS» (Abstimmen im Pflegeheim) entstanden. Das war im Jahr 2005. Sabine Udry Dumoulin schätzte vor allem die Fähigkeit der Politologinnen, die Themen allgemein zugänglich zu machen, aber auch ihr offenes Ohr und ihre wohlwollende Haltung. «Die Teilnehmenden der Gesprächsrunden fühlten sich wertgeschätzt und als Bürgerinnen und Bürger mit wertvoller Erfahrung anerkannt», so die Aktivierungsfachfrau.

Es geht darum zu unterstützen, nicht zu überreden

Die eher informelle Vorgehensweise der Résidence Mandement machte Schule und führte im Departement für Politikwissenschaften der Universität Genf zu einem Pilotprojekt unter der Leitung von Barbara Lucas. Eine erste gründliche Bilanz berichtete über die ab 2005 in der Résidence Mandement informell gesammelten Erfahrungen sowie die zwischen 2007 und 2008 in sechs Genfer Pflegeheimen durchgeführten Gespräche am runden Tisch. «Das Ziel des Projekts «Voter en EMS» besteht nicht darin, die Heimbewohnenden zum Abstimmen zu bringen. Vielmehr geht es darum, sie im Hinblick auf eine deliberative Demokratie bei der Teilnahme an der Debatte selbst



Die inzwischen verstorbene Frau J. nahm im Alter von 89 Jahren zum ersten Mal an einer Abstimmung teil! (Résidence Mandement). Foto: Privat

zu unterstützen», erklärten Barbara Lucas und ihre Kollegin Anouk Lloren 2009 in einem Artikel. Dieser trägt den schönen Titel «La vieille dame et le politique» und ist eine Hommage an eine inzwischen verstorbene Heimbewohnerin, die mit fast 90 Jahren zum ersten Mal an einer Abstimmung teilnahm. Im gleichen Artikel verweisen die Autorinnen auf diverse Studien, die zeigen, dass die Heime für Betagte bei der Erhaltung einer aktiven Teilnahme am politischen Leben eine entscheidende Rolle spielen können. Dazu brauche es jedoch einen geeigneten Rahmen und spezifische Ressourcen.

Sabine Udry Dumoulin sieht dies auch so. Für sie geht es neben der wiederholten Sensibilisierung der Menschen für Abstimmungen und Wahlen aber in erster Linie darum, das Selbstbestimmungsrecht der Betagten sicherzustellen, ihren Einbezug in das Heimleben sowie ihre Kontakte zu den Mitmenschen zu fördern. Vor allem sollen sie immer selbst entscheiden können, zum Beispiel in Bezug auf die Aktivitäten, die Einteilung des Tages,

Ausflüge, Mahlzeiten usw. Obwohl das Pilotprojekt «Voter en EMS» nach einigen Jahren anderen Projekten wich, hat es zweifellos das Bewusstsein der Pflorgeteams für Fragen zur Selbstbestimmung gestärkt und die Kommunikation mit den Heimbewohnenden verändert. «Wir nutzen jede Gelegenheit, um sie nach ihren Wünschen zu fragen, sei es im Rahmen von individuellen Treffen, Gesprächsgruppen oder Umfragen. Staatsbürgerin zu sein, beginnt damit, die eigene Meinung äussern zu können.»

Heute werden die Stimmcouverts den Heimbewohnenden zusammen mit ihrer Post persönlich überreicht. «Wir nutzen diesen Moment, um mit Menschen zu sprechen, die selten an den Gemeinschaftsaktivitäten des Heims teilnehmen. So weisen wir sie auf kommende Abstimmungen hin und erinnern sie daran, dass sie ihre Stimme abgeben können, dass sie Bürgerinnen mit Rechten, aber auch mit Pflichten sind, dass die Welt sie braucht...», sagt Sabine Udry Dumoulin abschliessend. →

«Die rund 80 befragten Betagten gaben an, sich durch die Ausübung des Stimmrechts als Teil der Gesellschaft zu fühlen. Dies trägt zu ihrer Lebensqualität bei.»

Lea Sgier, assoziierte Forscherin am Institut für Staatsbürgerschaft der Universität Genf

Umfrage in sechs Westschweizer Pflegeheimen

Gemeinsam mit anderen Forschenden hat Barbara Lucas ihre Arbeiten rund um das Stimmrecht und allgemein zur aktiven Teilnahme von Heimbewohnenden am politischen Leben weitergeführt. Das jüngste und von der Fondation Leenaards unterstützte Forschungsprojekt trägt den Titel «La citoyenneté politique comme dimension de la qualité de vie» («Die aktive Teilnahme am politischen Leben als Dimension der Lebensqualität»). Es basiert unter anderem auf einer Umfrage in sechs Westschweizer Pflegeheimen. Die Studie beruht auf der Hypothese, «dass die aktive Teilnahme am politischen Leben zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität von Menschen im Alter beitragen kann und die Lebensqualitätskonzepte Bürgerrechtsfragen mehr Platz einräumen sollten». Den Schlussfolgerungen zufolge bestätigte sich die Hypothese im Laufe des Projekts.

Im Interview mit dem Magazin Artiset ziehen Barbara Lucas und Lea Sgier, ein Mitglied des Forschungsteams, Bilanz aus der Forschung und formulieren Empfehlungen. Lea Sgier ist Lehrbeauftragte im Departement für Politikwissenschaft und assoziierte Forscherin am Institut für Staatsbürgerschaft der Universität Genf.

Barbara Lucas, Ihre ersten Arbeiten zum Stimmrecht in Pflegeheimen

begannen vor zirka 15 Jahren. Wie haben sich die Fragen zur politischen Partizipation in Pflegeheimen entwickelt?

Barbara Lucas: *Sie sind noch genauso aktuell wie zu Beginn der Gespräche am runden Tisch. Die Artikel und Präsentationen zum Projekt «Voter en EMS» haben sicherlich da und dort das Bewusstsein gestärkt. Einige Heimleitungen haben jedoch erst vor Kurzem begonnen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Auslöser war ein Treffen im Rahmen unseres Forschungsprojekts.*

Wie erklären Sie sich dieses geringe Interesse an der Frage der politischen Rechte von Betagten in Pflegeheimen?

Lea Sgier: *Die zwei meistgenannten Gründe sind Zeit- und Geldmangel. Die Prioritäten der Heime liegen hauptsächlich bei Pflege- und Gesundheitsproblematiken. Die Betagten selbst halten sich oft im Hintergrund. Sie sind zunehmend*

geschwächt, haben kognitive Störungen. Deshalb verstehen sie ihre soziale und staatsbürgerliche Identität anders.

Lucas: *So lange Pflegeheime als Ort für den medizinisch begleiteten Lebensabend wahrgenommen werden, ändert sich dies wahrscheinlich auch nicht. Der institutionelle Kontext leistet – wenn auch ungewollt – selbst einen Beitrag zur Einschränkung des Zugangs zu den Rechten, in diesem Fall den politischen Rechten. Dies beginnt schon beim Umgang mit den Stimmcouverts. Die Pflegefachleute fragen sich: Was ist mit diesen Couverts zu tun? Muss ich sie an alle verteilen? In diesem Zusammenhang besteht eindeutig Unkenntnis der Bundes- und Kantonsgesetzgebung. Allerdings herrscht in Bezug auf diese Fragen auch Rechtsunsicherheit. Sogar wir Politologinnen mussten uns an einen Juristen wenden.*

Sie haben die Dimension der Lebensqualität in Ihre Forschung integriert.

Sgier: *Ja, wir wollten eine Verbindung zwischen der politischen Partizipation und der Lebensqualität herstellen. Die rund 80 betagten Befragten gaben an, durch die Ausübung des Stimmrechts eine Entscheidungsbefugnis zu erhalten und sich als Teil der Gesellschaft zu fühlen. Dies trägt zu ihrer Lebensqualität bei. Das Gleiche gilt für den Besuch von neutralen Aussenstehenden, mit denen die Betagten über Themen sprechen können, die sie beschäftigen und sonst selten zur Debatte stehen. Da war zum Beispiel ein ehemaliger Chefbuchhalter einer grossen Versicherungsgesellschaft, der eine Leidenschaft für AHV-Fragen hatte und die Problematik besser verstand als alle Politologen zusammen. Oder dieser andere Heimbewohner, ein ehemaliger Offizier, mit einer ganz klaren Meinung zum Kauf von Kampfflugzeugen. Man darf nicht vergessen, dass in Pflegeheimen Menschen leben, die sich nach wie vor für die politische Debatte interessieren. Das Leben endet nicht an der Tür zum Pflegeheim.*

Könnte die Verbindung mit der Lebensqualität ein Argument dafür sein, dass Pflegeheime der

STUDIE IST ONLINE ZUGÄNGLICH

«La citoyenneté politique comme dimension de la qualité de vie», B. Lucas, L. Sgier, M. Meigniez, Y. Delessert. Ab 26. September 2022 auf der Website der HETS Genf online verfügbar: www.hesge.ch/hets.

politischen Partizipation von Heimbewohnenden mehr Aufmerksamkeit schenken?

Lucas: *Es wäre tatsächlich sinnvoll, wenn einer der Indikatoren für die Lebensqualität in Pflegeheimen dieses Konzept der politischen Rechte und der Ausübung der Staatsbürgerschaft im weiteren Sinne beinhalten würde. Das wäre ein wichtiges Instrument zur Veränderung der Heimpraxis. Die Integration der politischen Partizipation in die Lebensqualität ist übrigens auch eine Empfehlung des Forschungsprojekts.*

Welche weiteren Empfehlungen ziehen Sie in Betracht?

Sgier: *Eine erste Empfehlung wäre die Klärung des gesetzlichen und normativen Rahmens in einfachen Worten, damit man weiss, was erlaubt ist und was nicht.*

Lucas: *Wir können unsere eigene juristische Analyse heranziehen, aber auch unsere eigene Erfahrung und jene diverser Institutionen. So soll ein Best-Practice-Leitfaden für die Schaffung von Workshops entstehen, um die Diskussionen in einem geschützten Rahmen zu fördern, es sollen Bildungsangebote entwickelt und Ratschläge für die Erklärung politischer Vorlagen oder zum Rhythmus und zur Art der Kommunikation erteilt werden. Es geht nicht darum, jemanden zum Abstimmen zu zwingen, sondern die Meinungsäusserung zu vereinfachen und Gesprächsaufhänger zu finden. Unabhängig davon, ob sie abstimmen oder nicht: Betagte haben eine Meinung, die ihre bisherigen Erfahrungen und Kenntnisse widerspiegeln. Auch das wollen wir wertschätzen.*

Was ist das Ziel der Studie?

Lucas: *Das Bewusstsein für das Anliegen der aktiven Teilnahme am politischen Leben zu schärfen, über die politischen Rechte zu informieren und diese zugänglich zu machen, zu respektieren und zu leben. Dabei können Pflegeheime die notwendigen Massnahmen ergreifen, damit diese Rechte ernst genommen werden und die Heimbewohnerinnen und die Heimbewohner diese (erneut) entdecken können. ■*

www.cadhom.ch



EINKAUFEN LEICHT GEMACHT !



Rund 40'000
Produkte zu
Nettopreisen & 120
Partnerlieferanten

Bestellen Sie alles
auf einer einzigen
Plattform !



Kompetente
und persönliche
Beratung durch
ein motiviertes Team.



KONTAKTIEREN SIE UNS !

hello@cadhom.ch
www.cadhom.ch
+41 848 800 590

Für ein Gratis-Login :

SCAN ME



 **cadhom**
Der Einkaufsspezialist von
Le spécialiste des achats d'
Lo specialista degli acquisti di **ARTISET**

A full-page photograph of a skateboarder in mid-air, performing a trick on a wooden ramp. The skateboarder is wearing a black hoodie, tan cargo pants, and green sneakers. The ramp is made of dark wood and curves upwards. In the background, there's a blue building with a window and a residential area with houses under a cloudy sky.

Im Fokus

Skatebahnen sind nicht nur ein Freizeitthema, sondern auch ein guter Einstieg für Diskussionen über politische Fragen wie Baugenehmigung, Sicherheitsverantwortlichkeit und Benutzerreglement.

Foto: Adobe Stock

Auch eine Skatebahn ist politisch

Wie lernen Kinder und Jugendliche, auch solche, die in Institutionen aufwachsen, sich für die Gemeinschaft, für Politik zu interessieren? Indem sie zuerst lernen, sich für die eigenen Interessen und Anliegen starkzumachen und diese zu vertreten, sagen Fachleute. Und indem man sie bei ihren Alltagsthemen abholt: Skatebahn. Piercings. Oder Mode.

Von Claudia Weiss

Kinder und Jugendliche für Politik interessieren: Klar, dafür gibt es doch das Jugendparlament! Und die Jungparteien, von Juso über die Jungen Grünen bis zur Jungen SVP! Das stimmt. An sich. Aber Carol Schafroth wiegelt rasch ab: «Viel zu hoch gegriffen.» Als Geschäftsführerin bei Campus für Demokratie in Bern beschäftigt sie sich unter anderem mit der Frage, wie man Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht in ihrer politischen Bildung und Partizipation fördern kann. Für sie steht fest: «Will man Kinder und Jugendliche auf politische Teilhabe vorbereiten, lautet das wichtigste Stichwort ›Partizipation im Alltag‹.» So fange die politische Bildung an: in der Familie, in der Schule oder eben in der Institution.

In der Schweiz sei allerdings die politische Bildung gerade in der Schule noch ein allzu nebensächliches Thema, und vielerorts gehe dieser Punkt ein bisschen unter: «Viele Lehrkräfte scheuen sich davor, weil sie Angst haben, die Schulkinder zu stark zu beeinflussen», erklärt Schafroth. Zwar steht im Lehrplan 21 deutlich: «Bei der Politischen Bildung wie auch bei der ›Bildung für Nachhaltige Entwicklung‹ geht es darum, Menschen zu befähigen, sich aktiv und selbstbestimmt an der Gestaltung unseres Zusammenlebens zu beteiligen.»

Kompetenz: Interessen wahrnehmen

Zu den wichtigen Kompetenzen gehört laut Education 21, dem nationalen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bildung für Nachhaltige Entwicklung, dass die Schülerinnen und Schüler «ihre Interessen und Bedürfnisse wahrnehmen und formulieren» können. Und: «Oberstes Ziel der politischen Bildung ist die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie der Bereitschaft des Individuums zum politischen Handeln.»

Nur: Wie diese Fähigkeiten und Fertigkeiten und die Bereitschaft zum politischen Handeln vermittelt werden können, wird nirgendwo so genau festgehalten, das bleibt je nach Gemeinde grossteils den Lehrerinnen und Lehrern überlassen. Carol Schafroth bei Campus für Demokratie empfiehlt als Richtlinie jeweils den «Beutelsbacher Konsens», den die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung

herausgegeben hat (siehe Kasten Seite 27). Etwas Entsprechendes aus der Schweiz existiere noch nicht, sagt sie, aber die drei Punkte Überwältigungsverbot, Kontroversitätsprinzip und Schülerorientierung seien auch für Schweizer Lehrkräfte wegweisend und wichtig: «Die Schule prägt immer irgendwie politisch, wichtig ist deshalb die Vielfalt.»

Jugendthemen: Piercing und Mode

Der wichtigste Einstieg geschehe allerdings schon früher, und zwar im Alltag, sagt sie: «Mitbestimmen heisst für die Kinder und Jugendlichen lernen, Bedürfnisse auszudrücken, aber auch auszuhalten und damit umzugehen, wenn einmal etwas nicht so ausgeht, wie sie es gewollt hätten.» Um das möglichst früh zu erreichen, empfiehlt sie, Kinder und Jugendliche altersgerecht abzuholen, das heisst bei ihren Alltagsthemen. Sie und ihr Team arbeiten zu diesem Zweck mit einem Set von Postkarten. Eine davon zeigt eine Skatebahn, also auf den ersten Blick ein Freizeitthema. Darauf gedruckt steht aber: «Das ist auch Politik.» Carol Schafroth nickt und erklärt, tatsächlich sei das ein perfektes Thema zum Einstieg: So können Lehrpersonen oder externe Projektbegleitende mit den Jugendlichen besprechen, was in einer Gemeinde abläuft, bis eine Skatebahn gebaut werden kann, wer für die Sicherheit verantwortlich ist, wer das finanziert, wie man die Benutzung regelt und vieles mehr. «Das sind Themen, für die sich Jugendliche sofort begeistern lassen», sagt sie.

Andere Postkarten zeigen einen jungen gepiercten Mann oder das Schaufenster eines Modegeschäfts mit dem Schild «Sale». Auch darin stecken zahlreiche Themen für lebensnahe politische Diskussionen: Wer darf sich ab welchem Alter piercen lassen, welche Vorschriften müssen Piercing-Studios erfüllen, und dürfen Lehrmeister ein Piercing-Verbot erlassen? Oder eben: Welche Vorschriften bestehen für die Einfuhr von Stoffen und Kleidern, wann darf ein Ausverkauf stattfinden, und wer bestimmt über die Ladenöffnungszeiten? Passe man die Themen an die alltägliche Lebenswelt junger Menschen an, reagierten viele, die sich bis anhin als «völlig apolitisch» bezeichnet haben, oft ganz erstaunt und merken: «Oh, ich bin ja politisch durchaus interessiert!» Das sind Momente, die Carol Schafroth begeistern, denn für sie mündet politisches Engagement nicht nur im Abstimmen →

Infotainment-Lösung

Bieten Sie Ihren Bewohnenden mehr als nur TV & Radio

Erweitern Sie mit triVision Ihr Serviceangebot im Entertainment-Bereich mit aktuellen Heiminformationen und Live-Übertragungen von Events.

- ✓ Agenda & Aktivierungsprogramm tagesaktuell bei den Bewohnenden
- ✓ Gottesdienst-Übertragung via Livestream
- ✓ Kostengünstige Erweiterung für flächendeckendes WLAN



ICT-Gesamtlösungen am Puls der Zeit

Nebst der Infotainment-Lösung können wir Ihnen vor Ort die neusten Technologien in den Bereichen Alarmierung, Mobilitäts-Überwachung, Bewohnerruf und Weglaufschutz präsentieren.

HALLE 7
STAND A04

GRATIS-EINTRITT SICHERN



PARTNER



axelion.ch/health

DER BEUTELSBACHER KONSENS FÜR SCHULEN

- Das Überwältigungsverbot hält fest, dass Lehrpersonen die Schülerinnen und Schüler nicht indoktrinieren dürfen.
- Das Kontroversitätsprinzip besagt, dass auch in der Schule kontrovers behandelt werden muss, was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird.
- Die Schülerorientierung verlangt, dass Schülerinnen und Schüler befähigt werden, damit sie auch eigene Werte und Interessen analysieren können und so die politische Situation beeinflussen lernen.

Projekte und Infos für politische Bildung in der Schule: → campusdemokratie.ch

und Wählen. «Wichtig ist das Empowerment: Für Veränderungen braucht es Kompetenz!»

Darum findet sie Demokratie so wertvoll und den Tag der Demokratie vom 15. September so passend: «Das darf man auch mal feiern!» Sie freut sich, dass aus dem Kanton Bern praktisch alle Gymnasien ein Demokratieprojekt eingegeben haben (siehe Hinweis): Ausstellungen, Diskussionen oder Workshops aller Art. Ob auch Institutionen mit dabei sind? Sie überlegt gründlich, checkt ihre Unterlagen und schüttelt dann den Kopf: «Die Plattform steht auch für sie offen, und wir würden uns über Eingaben freuen, aber bisher hatte ich leider noch kaum Kontakt zu Institutionen.»

Das hat naheliegende Gründe. Nicole Wolschendorf, Heimleiterin der Wohngruppe Rose in Heiden AR, legt zwar grossen Wert darauf, den jungen Frauen ihrer Sozialpädagogischen Wohngruppe Instrumente zu vermitteln, die ihnen Selbstwirksamkeit und Partizipation ermöglichen. «Wir arbeiten an Themen wie Frustrationstoleranz, Emotionsregulation, Gruppenbildung, gemeinsamen Zukunftsvisionen oder Verantwortung», erklärt sie. «Und wir üben, wie sie Themen sammeln, priorisieren und einbringen und am Ende zu einem Konsens gelangen können.» Aber viele der jungen Frauen zwischen 13 und 18 Jahren sind traumatisiert, und Fragen der «grossen» Politik sind für die meisten noch kein Thema.

Eigene Themen statt Frauenstreiktag

Das merkt Nicole Wolschendorf jeweils, wenn sie in der Wohngruppe am 8. März den Frauentag thematisieren. Auch als ihre Mitarbeiterinnen mit den jungen Frauen nach St. Gallen an den Frauenstreiktag reisten, hätten die meisten gar nicht richtig gemerkt, worum es dabei ging: «Einige waren schlicht zu jung, und vor allem haben alle so viele eigene Themen und Entwicklungsschritte zu bewältigen, dass ihnen allgemeine Frauenthemen jetzt noch zu weit entfernt sind.» Einmal habe bisher eine Jugendliche in der Rose gewohnt, die Mitglied bei der Juso St. Gallen war und versuchte, mit Mitbewohnerinnen ein wenig politisch zu diskutieren. Aber das sei die absolute Ausnahme. Politische

Bildung in der Wohngruppe Rose findet deshalb vor allem mit den Grundlagen statt: «Wie kann ich meine eigene Meinung bilden, äussern und vertreten?», seien wichtige Punkte. Und vor allem: «Wie tue ich kund, wenn mich etwas stört, ohne andere anzugreifen?» Die Stichworte, auf die Nicole immer wieder zurückkommt, lauten: «Persönliche Entwicklung und Autonomieförderung» und «Partizipation durch Information, Mitbestimmung oder Mitwirkung». Dafür wendet das Rose-Team Methoden an wie Traumapädagogik, die durch die verständnisvolle Haltung und Transparenz auch mehr Partizipationsmöglichkeiten gewährt. Oder Transaktionsanalyse, bei der man eigene Muster erkennt und verändert. Und Erlebnispädagogik, die verborgene Ressourcen sichtbar macht und dadurch den jungen Frauen hilft, das bisherige Verhalten zu verändern und weiterzuentwickeln. «Unsere Klientinnen sollen eine innere Sicherheit entwickeln und lernen, sich kongruent zu verhalten», fasst Nicole Wolschendorf zusammen.

Freude wecken am Engagement

Laut Carol Schafroth von Campus für Demokratie ist dieser Weg auch die beste Grundlage, Jugendliche politisch zu bilden: «Wichtig sind Partizipation und Verantwortung im Alltag.» Sie hört oft, dass in Schulen die Grundverfassung oder Parteikunde als Einstieg in die politische Bildung gewählt werde. Das findet sie schade, weil viele Jugendliche sich dann schon ausklinken. «Natürlich ist beispielsweise die gegenwärtig anstehende AHV-Revision besonders für die Jungen enorm wichtig», sagt sie. «Aber sie ist auch sehr weit entfernt.» Geeigneter für den Einstieg seien naheliegende Themen, verständliche Worte und vielfältige Wege.

Um Lehrpersonen oder Institutionen beim Thema politische Bildung zu unterstützen, sammelt Campus für Demokratie als Drehscheibe Themen und Material, organisiert Anlässe und vermittelt Expertinnengruppen oder Infomaterial. Oder regt ganz einfach zu neuen Ideen an. Möchte sich jemand beispielsweise für einen Veloweg starkmachen, erklärt Schafroth, gebe es dafür nicht nur die Möglichkeit, eine politische Eingabe zu machen: «Wir möchten den Jugendlichen aufzeigen, dass sie auch einen Brief an den Gemeinderat schreiben, sich bei ProVelo engagieren oder eine eigene Interessengruppe bilden könnten.»

Das sei ein einfacher Einstieg in die Politik und wecke Freude daran, sich für wichtige Fragen zu engagieren. Ein Parteibeitritt zu Juso, Jungen Grünen oder Junger SVP steht dann immer noch offen, ist aber nicht Bedingung dafür, sich politisch zu engagieren. ■

→ www.tagderdemokratie.ch

→ www.wohngrupperose.ch > Leitbild

kurz & knapp

Pro Mente Sana I: Die Stiftung Pro Mente Sana eröffnet eine neue Geschäftsstelle im Kornhaus Bern. **Pro Mente Sana II:** Ein Testlauf mit dem neuen

Selbst-Check psychische Gesundheit «Wie geht's dir?» zeigt: Fast drei von vier Menschen in der Schweiz geht es nur mittelprächtig, 40 Prozent sind psychisch hoch oder sehr hoch belastet. **Energieversorgung:** Der Bund plant im Herbst eine Informationskampagne zu sparsamem Erdgas- und Stromverbrauch. Die Föderation Artiset wird sich zusammen mit ihren Branchenverbänden für die Systemrelevanz der Branchen einsetzen. **Zufriedenheit:** Drei Hundertjährigen-Studien zeigen: Diese hochbetagten und oft sehr gebrechlichen Menschen sind trotz durchschnittlich fünf Erkrankungen selten depressiv und so zufrieden mit ihrem Leben wie 45-Jährige. **Arbeitszeit:** Ferien, Freitage oder weniger Wochenarbeitszeit: Die private Berner Lindenhof-Gruppe stellt es den mitarbeitenden frei, wie sie reduzieren wollen – so oder so bedeutet das am Ende mehr Freizeit zum gleichen Lohn.

Pflegen nach Bio-Rhythmus

Die auf geriatrische Reha spezialisierte Klinik Wartenberg in Bayern macht's vor: Die Dienstzeiten richten sich teils nach dem natürlichen Schlaf-Wach-Rhythmus der Pflegefachleute. Bei Mitarbeiterbefragungen und Qualitätsaudits seien immer wieder Themen wie Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Beschwerden und auch psychosomatische Beschwerden aufgetaucht, erklärt Norman Dassler, Mitinitiator des Projekts, gegenüber «PflegenOnline». Das Ziel lautete also, das System zu optimieren, sodass weniger gegen die innere Uhr gearbeitet wird. Dafür, so zeigte sich, genügen oft kleine Anpassungen der Schichtzeiten um 20, 30 Minuten, und das sei ohne Qualitätsverlust in der Patientenversorgung machbar. «Die Stationsleitungen können die Teams so zusammenstellen, dass es zu den einzelnen Chronotypen passt», sagt Dassler. Die Absicht dahinter: «So laufen die Pflegefachkräfte den Einrichtungen vielleicht nicht mehr weg, und der Beruf wird attraktiver, weil die Pflegenden persönliche Zuwendung und Wertschätzung erfahren.» Die Chronozeiten sollen deshalb künftig im System der Klinik hinterlegt und für die Planung abrufbar gemacht werden.

Cannabis als Medizin zugelassen

Das Interesse an Cannabisarzneimitteln ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Deshalb hat das Parlament Cannabis zu medizinischen Zwecken per 1. August 2022 zugelassen. Das geänderte Betäubungsmittelgesetz erlaubt die Therapie mit cannabishaltigen Arzneimitteln, Cannabis-Extrakten oder Medizinal-Cannabisblüten, und zwar ohne Ausnahmebewilligung des BAG. Allerdings müssen Ärztinnen und Ärzte dem BAG in den ersten beiden Jahren Therapiedaten melden. Cannabisarzneimittel finden vorwiegend Verwendung bei chronischen Schmerzzuständen, zum Beispiel neuropathischen oder durch Krebs verursachten Schmerzen, bei Spastik und Krämpfen, die durch Multiple Sklerose oder andere neurologische Krankheiten ausgelöst werden und bei Übelkeit und Appetitverlust im Fall einer Chemotherapie. Durch die Gesetzesänderung wurden Anbau, Verarbeitung, Herstellung und Handel von Cannabis zu medizinischen Zwecken dem Bewilligungs- und Kontrollsystem von Swissmedic unterstellt.



Mitarbeitende mit Behinderung: Dank dem neuen Jobportal EnableMe können sie einfacher einen Job finden. Foto: Adobe Stock

Jobs für Menschen mit Handicap

Die Suche nach einer neuen beruflichen Perspektive ist für Menschen mit einer Behinderung und/oder chronischen Krankheit noch steiniger als für andere. Die Stiftung MyHandicap lanciert deshalb auf EnableMe.ch einen neuen Service: Auf dem überregionalen Jobportal finden Betroffene Stellen von Unternehmen, die Chancengleichheit leben und den Mehrwert von Diversität erkannt haben. In der Community können sich Interessierte mit Betroffenen und Fachpersonen austauschen. Auch die Unternehmen profitieren vom neuen Service: Sie erhalten einen Ort für ihre Stellenangebote, und sie können sich über wichtige Themen wie Barrierefreiheit am Arbeitsplatz oder IV informieren.

→ www.enableme.ch/jobs

70 weniger neue Fage-Lernende

Mitte August haben 820 junge Männer und Frauen im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern ihre Ausbildung als Fachfrau oder Fachmann Gesundheit begonnen. Das sind 70 weniger als im Vorjahr. Das Onlineportal Medinside hat André Pfanner-Meyer, Geschäftsführer der Bildungsorganisation Oda Gesundheit Bern, nach den Gründen gefragt. «Wir sind am Analysieren, ob es nur ein Ausreisser ist oder ob es andere Gründe gibt», sagt er: Beispielsweise sei es möglich, dass Spitäler und Heime wegen der hohen Belastung während der Pandemie zurückhaltender waren und weniger Schnupperlehren und neue Lehrstellen anboten. Immerhin werde das Ziel, jährlich 820 bis 850 Lernende auszubilden, dieses Jahr noch knapp erreicht. Aufgrund der kommenden geburtenstarken Jahrgänge ist er optimistisch, «dass wir die Zahl der Lernenden in den nächsten Jahren mindestens halten können». Fage sei nämlich nach wie vor eine der beliebtesten Grundbildungen.

Plauder-Apotheke

Im Oktober startet das Pilotprojekt «Plauderkasse» von Gsünder Basel: In der Migros im Gundeldingerquartier sowie in der TopPharm Apotheke im Gellert stehen für eine Versuchsphase jeweils Kassen zur Verfügung, an denen offiziell geplaudert werden darf: Dank geschultem Kassenpersonal und freiwilligen Mitarbeitenden herrscht an diesen Kassen keine Eile, und so bleibt Zeit für ein Gespräch. Dieses Angebot soll ganz niederschwellig im Alltag die Einsamkeit mindern.

«Wir erleben solche
Situationen,
nur nicht so
intensiv»

Claudia Grob, selber ehemalige
Heimleiterin, spielt im Film «La Mif»
als Heimleiterin Lora auch Szenen,
die so ähnlich stattfinden könnten.

Foto: David Wagnières

«La Mif»: Fiktion oder Realität?

Ganz klar Fiktion. Selbstverständlich ist es in meinem Berufsleben zu ähnlichen Situationen gekommen. Aber wir haben nicht unsere eigene Geschichte gespielt.

Sie kommen gerade aus Südkorea zurück, wo der Film auf einem Festival gezeigt wurde. Wie wurde er aufgenommen?

Tatsächlich wurde unser Film für das PyeongChang International Peace Film Festival ausgewählt. Wir haben zwar keinen Preis gewonnen, aber für uns hat es sich trotzdem so angefühlt! Der Film ist sehr gut angekommen. Ich bin jedes Mal aufs Neue überrascht, wie viele Menschen er berührt – selbst in Südkorea!

Gewalt, körperlich oder verbal, und emotionales Leid bei Jugendlichen sind also universelle Themen?

Ja, es scheint so. Nach der Filmvorführung haben wir Publikum und Journalisten getroffen. Sie zeigten sich beeindruckt, dass wir in diesem Film Dinge so gezeigt haben, wie sie sein könnten, und dass wir offen darüber gesprochen haben. Bei ihnen, so sagten sie, sei Kindesmisshandlung mehr als üblich. Nur dass sie ein Tabuthema sei und sich anscheinend niemand damit beschäftigen wolle.

Warum haben Sie sich bereit erklärt, in diesem Film mitzuwirken?

Mich hat überzeugt, dass Jugendliche sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen des Heims am Projekt teilnahmen. Und für mich war es ein guter Zeitpunkt: Im Dezember liess ich mich pensionieren, und Anfang des darauffolgenden Jahres starteten wir mit Improvisationsworkshops, um gemeinsam die Filmcharaktere zu erarbeiten.

Wie erlebten Sie dann Ihr Kameradebüt?

Dank den Improvisationsworkshops lerne ich sehr schnell, die Kamera zu vergessen. Zwei Jahre lang trafen wir uns regelmässig zu Wochenendworkshops, um uns an Kamera, Mikrofon und die Arbeitsweise von Fred Baillif zu gewöhnen. «Es ist nicht eure Geschichte, aber wenn ihr spielt, müssen es ganz eure Emotionen

sein», sagte er uns. Er forderte die Mädchen auf, zu reden wie immer, also auch Kraftausdrücke zu verwenden. Die Improvisationsworkshops wurden während der gesamten Dreharbeiten fortgesetzt: Wir kannten das Drehbuch nicht, und es gab keine vorgegebenen Dialoge. Die Jugendlichen und das Sozialpädagogenteam kannten sich untereinander grösstenteils. Um fiktive Situationen zu spielen, mussten wir uns so verhalten wie sonst in unserem Alltag. «Seid ganz euch selbst», wiederholte Fred immer wieder.

War diese Nähe zur Realität mit vertrauten Situationen nicht verunsichernd?

Ja, manchmal war es schwierig, beides voneinander zu trennen. Und ich war auch nicht immer einverstanden, denn es gab Szenen im Film, die so in der Realität nicht ablaufen. Aber genau das unterscheidet Fiktion und Dokumentarfilm. Es gab nur eine einzige Szene, bei der ich sagte: «Nein, so etwas täte ich weder in der Realität noch für eine Fiktion!»

«La mif» bedeutet im französischen Slang «die Familie». Es ist auch der Titel eines Filmdramas rund um Teenager: Sie leben in einer Familie, die sie nicht selbst ausgesucht haben, unter der Leitung von Lora alias Claudia Grob, die auch in Wirklichkeit Heimleiterin war.

Interview: Anne-Marie Nicole

Einige der Mädchen kannten das Heimleben und hatten Gewalt erfahren. Wie wurden sie darauf vorbereitet, sensible Szenen zu spielen, die ja auch Traumata reaktivieren könnten?

Diese Frage müsste man den Mädchen selbst und Fred Baillif stellen! Aber ich weiss, dass er sich sehr um sie gekümmert hat. Er hat sich Zeit für jede und jeden Einzelnen von uns genommen, angefangen mit Einzelgesprächen. Auch die Workshops trugen dazu bei, dass wir uns besser kennenlernten, Zeit zusammen verbrachten, die Filmcharaktere erarbeiteten und unsere Grenzen ausloteten.

Bei einer Filmdauer von 110 Minuten werden Spannungen, Gewalt und Infragestellen, aber auch Liebe, Solidarität und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit sehr verdichtet. Widerspiegelt das den Alltag eines Heims? In der Realität gibt es diese Spannungen auch, aber nicht ständig. Dasselbe gilt für die Gewalt, die teils noch wesentlich schlimmer ist als im Film. Das →

axelion AG

ICT-Gesamtlösungen am Puls der Zeit



Unser Herz schlägt für neue Technologien. Besonders, wenn sie uns im Alltag entlasten und Ressourcen schonen. Doch wie können intelligente Systeme die Sicherheit der Bewohnenden maximieren und Laufwege des Personals minimieren? Wir fühlen der digitalen Transformation auf den Puls.

Unter dem Motto «Am Puls der Zeit» können wir Ihnen vor Ort nebst gesamtheitlichen ICT-Lösungen die neuesten Technologien in den Bereichen **Alarmierung, Mobilitäts-Überwachung, Bewohnerruf und Weglaufschatz** präsentieren:

- Das fortschrittlichste System zur Sturzprävention & Mobilitäts-Überwachung
- Das derzeit modernste Bewohnerrufsystem inkl. Alarmierung & Weglaufschatz
- Digitale Einsatzplanung und vereinfachte Pflegedokumentation
- Infotainment-Lösung – mehr als nur TV & Radio

Wir kennen die Herausforderungen der Digitalisierung für die Langzeit- und Akutpflege. Durch die reiche Erfahrung im Care-Bereich können wir Ihnen massgeschneiderte Lösungen aus einer Hand bieten – mit modernsten Technologien und unter Einbezug von etablierten Partnern. Sodass Sie bestmöglich für die Zukunft gerüstet sind.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch in der **Halle 7, Stand A04**.

axelion
IT WORKS.

axelion AG
Wahligenstrasse 4a, 6023 Rothenburg
+41 56 200 65 00
info@axelion.ch
axelion.ch/health

MEIKO (Suisse) AG

Viruzuide Wirksamkeit nachgewiesen



Die neue Steckbeckenspülerreihe der Meiko zeigt eine umfassende Dekontaminations- und Desinfektionsleistung gegen alle humanpathogenen Viren. Zu diesem Ergebnis kam das akkreditierte Prüflaboratorium HygGen Germany GmbH.

Nach Abschluss des vollständigen Aufbereitungsprozesses konnte sowohl auf Urinflaschen als auch auf Steckbecken keine infektiöse Virenlast mehr nachgewiesen werden. Die Reduzierung des Prüfvirus um mindestens 4 lg-Stufen zeigt, dass Meiko-TopLine-Geräte die erforderliche Leistung für die Eigenschaft «**uneingeschränkt viruzid**» erreichen.

Durchgeführt wurde die Testreihe in Anlehnung an die Vorgaben der europäischen Norm DIN EN 17111 mit dem Intensivprogramm, welches insgesamt fünf Reinigungsschritte und eine thermische Desinfektion mit einem A0-Wert von 3000 umfasst.

Die Klassifizierung «viruzid» umfasst die Wirksamkeit gegen alle humanpathogenen Viren.

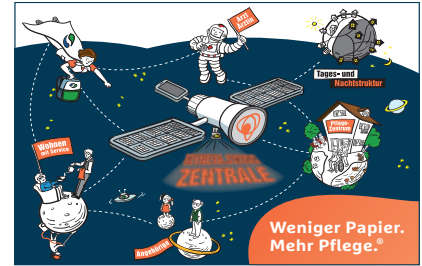
Hygienesicherheit war die oberste Maxime bei der Weiterentwicklung dieser Geräte. So besitzt Meiko TopLine M2 beispielsweise einen **A0-Wert, der bis auf 12 000** erhöht werden kann. Alle Aufbereitungsschritte sind standardisiert und erfolgen automatisch – dank der neuen **Beladungserkennung** auch Auswahl und Start des zum eingesetzten Pflegegeschirr passenden Programms. **Halle 5, Stand B01**

m
MEIKO
The clean solution

MEIKO (Suisse) AG
Industriestrasse 9, 8117 Fällanden
info@meiko-suisse.ch
www.meiko-suisse.ch

myneva Schweiz AG

Die vernetzte, modulare Zukunft der Pflege



myneva.swing bietet der Langzeitpflege eine modulare, zuverlässige und ausgereifte Software-Gesamtlösung mit umfassendem Leistungsumfang. Bestehend aus den Software-Paketen **myneva.swing Ambulant** und **myneva.swing Stationär**, optimiert sie die Geschäftsabläufe sowie den gesamten Pflegeprozess und erleichtert täglich die Arbeit von Spitex-Organisationen und Pflegeheimen.

Werden Ambulant und Stationär kombiniert, entsteht mit **myneva.swing Integriert** eine einheitliche Lösung für integrierte Versorger der Langzeitpflege. Dieses Gesamtpaket ermöglicht übergreifende Abläufe aus einer Datenbank ohne hinderliche Unterbrüche oder Doppelerfassungen – eine erhebliche Erleichterung für die tägliche Arbeit, Arbeitsabläufe und alle Mitarbeitenden.

Zudem ist mit myneva.swing die Pflege mobil und vernetzt: Mit der zuverlässigen und auch offline einsetzbaren Lösung **myneva.swing2go** werden die Arbeit und die Abläufe der Pflegenden mobil unterstützt, geführt und abgewickelt. Weiter können mit der modernen Integrationslösung **myneva Integration Server** und **myneva.swing2connect** über 120 Schnittstellen angesteuert und so der Austausch mit Drittsystemen durchgehend digital und automatisiert abgewickelt werden. Dies alles, um Sie in Ihren Kernaufgaben bestmöglich zu unterstützen: Weniger Papier. Mehr Pflege.

Besuchen Sie uns an der IFAS, **Halle 7, Stand B30**.

myneva
swing

myneva Schweiz AG
Allee 1B, 6210 Sursee
+41 41 267 30 00
willkommen@myneva.ch
www.myneva.ch

EIN SOZIALPÄDAGOGISCHES PROJEKT

«La Mif» ist das dritte Fiktionsprojekt des Genfer Filmemachers Fred Baillif, einem autodidaktischen Filmemacher, der auch Basketballprofi und diplomierter Sozialarbeiter war. Der Anfang Jahr ins Kino gekommene Film hat zahlreiche Preise erhalten, darunter drei Auszeichnungen des Schweizer Filmpreises: den Quartz für die beste Darstellerin (Claudia Grob), den Preis für die beste Montage (Fred Baillif) und den Preis für die beste Nebendarstellerin (Anaïs Uldry).

Die Handlung spielt in einem Heim, in dem junge Mädchen zusammen mit den Sozialpädagoginnen und -pädagogen eine neue Familie finden, eine Gemeinschaft, wie sie sie nie zuvor erlebt haben. Krisen und Konflikte sind unausweichlich. Als ein Zwischenfall das Pulverfass zündet, kommt ein festgefahrener, rückständiges System ans Licht. Die Szenen vermitteln starke Emotionen und wechseln ab zwischen Spannungen, Meinungsverschiedenheiten, Humor und Wohlwollen. Die meisten Szenen spielen in einem echten Jugendheim. So konnte man mit Laienschauspielerinnen und -schauspielern arbeiten, in einem Umfeld, das ihnen vertraut ist. «Als Filmemacher möchte ich die Laienschauspieler darin unterstützen, das auszudrücken, was manchmal schon lange in ihnen versteckt ist», erklärt Fred Baillif.

Respekt. Auch die positive Disziplin hat mich beeinflusst. Wenn man sich um ein Kind kümmert, muss man konsequent und wohlwollend zugleich sein: «Ich liebe dich, aber meine Antwort lautet Nein» – das ist alles. Dann habe ich mich auch viel mit den Arbeiten von Maslow und Adler beschäftigt: Für sie umfasst die Pyramide menschlicher Grundbedürfnisse Zugehörigkeit, Teilhabe und Nützlichkeit. In meinem Berufsleben habe ich mir geschworen, diese Werte nie zu missachten – egal, wer mir gegenübersteht.

Claudia und Lora: Was haben sie sich gegenseitig gegeben?

Dank ihrer Erfahrung hat Claudia eine gewisse Gelassenheit vermittelt. Von ihr hat Lora gelernt, Dinge anzusprechen und nicht schockiert zu sein von dem, was sie sieht und hört. Claudia ihrerseits kann durch Lora zeigen, wer sie ist. Für mich war es sehr schwierig, mich auf dem Bildschirm zu sehen und mit mir als Figur vertraut zu werden. Ich musste auch lernen, Komplimente anzunehmen, ohne meine Rolle kleinzureden. Und dadurch habe ich an Wertschätzung für mich selbst gewonnen.

Hat diese Erfahrung Ihren Blick auf die Betreuung von Jugendlichen in Schwierigkeiten geändert?

Nicht unbedingt. Ich glaube, dass wir uns so verhalten haben wie auch in unserer beruflichen Praxis. Allerdings möchte ich Jugendliche ermutigen, an kulturellen oder künstlerischen Projekten und sonstigen Erlebnissen teilzunehmen, in denen sie sich ausdrücken können, das fördert die Integration. Sie sollen sich trauen, stolz auf sich zu sein. Ich habe gesehen, wie gut das Dreherlebnis den Mädchen getan hat, die das Heimleben kennen, wie sehr es sie aufgebaut hat.

Der Film hat zahlreiche Preise gewonnen. Sie selbst sind mit dem Quartz-Preis für die beste Darstellerin ausgezeichnet worden. Welche Folgen hat das für Sie?

Da sehe ich derzeit gar keine. Ich werde diesen Film einzig noch bei einigen Veranstaltungen, auch im Bereich der Sozialarbeit, begleiten. ■

erklären wir übrigens jeweils in den Publikumsgesprächen nach der Vorführung: Wir erleben solche Situationen, allerdings nicht so intensiv. Es kamen Einwände, dieser Film dürfte nicht gezeigt werden, da er ein schlechtes Licht auf unseren Beruf werfe. Andere wiederum – die Mehrheit – sehen den Beruf darin positiv dargestellt. Ich finde auch, dass ihm der Film gerecht wird. Er zeigt das Engagement der Teams, ohne die Müdigkeit, Erschöpfung und Ohnmacht zu verbergen. Und zugleich ohne die unbeschwerten, heiteren Momente zu vergessen.

Der Film bildet auch gut die Schwierigkeiten der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ab, das richtige Mass an Nähe und Distanz zu den Jugendlichen zu finden: nah genug, um ihnen die Zuneigung und den Schutz zu vermitteln, die sie nie hatten, aber nicht allzu nah, um professionell zu bleiben.

In der Praxis ist man da tatsächlich dauernd hin- und hergerissen. Das Team

muss sich auf eine gemeinsame Haltung verständigen, was aber nicht immer gelingt. Auch das gibt der Film gut wieder. Jede und jeder von uns hat eine eigene Geschichte, eigene Werte, eigene Überzeugungen. Diese Unterschiede können in gewissen Teams zu grösseren Spannungen führen. Bei den Besprechungen müssten wir vielleicht zuerst über uns selbst, unsere «innere Wetterlage» reden, bevor wir über die Jugendlichen sprechen.

Die Arbeit mit diesen Jugendlichen konfrontiert einen mit den eigenen Widersprüchen und bedeutet, sich ständig infrage stellen zu müssen. Wie überlebt man in diesem Beruf?

Meine Erfahrung hat mir die Werkzeuge an die Hand gegeben, um zu überleben. Emotionale Aufrichtigkeit zählt dazu, das bedeutet, an sich selbst zu arbeiten und die eigenen Grenzen zu anerkennen – auf die Gefahr hin, dass man sich fragt, ob man diese Arbeit überhaupt weiter ausüben kann. Ich habe auch gelernt, mit allen auf Augenhöhe zu kommunizieren, das fördert den gegenseitigen

«Es ist noch völlig unklar, wie wir den Bedarf stemmen»»

Eine Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums legt den Bedarf an Langzeitpflege bis ins Jahr 2040 offen. Artisnet-Geschäftsführer Daniel Höchli und Markus Leser, Geschäftsführer des Branchenverbands Curaviva*, erachten Zusatzfinanzierungen für dringend nötig. Zudem gelte es den Aufbau intermediärer Strukturen voranzutreiben.

Interview: Elisabeth Seifert

Die Zahl der Personen ab 80 Jahren steigt zwischen 2020 und 2040 um 83 Prozent an, wie der Obsan-Bericht zeigt. Entspricht dies Ihren Erwartungen?

Markus Leser: Bereits seit Mitte der 70er-Jahre wissen wir, dass es aus demografischen Gründen zu einem Anstieg der älteren Bevölkerung kommt. Die Zahlen sind also nicht überraschend. Die Generation der Babyboomer ist ein wichtiger Grund dafür. Ein weiterer wichtiger Grund ist die steigende Lebenserwartung. Das ist eine gute Entwicklung und nicht, wie es immer wieder dargestellt wird, ein besorgniserregendes Szenario.

Daniel Höchli: Demografische Prognosen sind sehr verlässlich und deshalb wenig erstaunlich. Spannend ist indes, welchen Bedarf in der Langzeitpflege der Obsan-Bericht aufgrund dieser demografischen Entwicklung offenlegt.

Bei einer unveränderten Versorgungspolitik errechnet der Bericht

bis 2040 einen Bedarf von 921 zusätzlichen Pflegeheimen. Selbst bei einer Verlagerung in den ambulanten und intermediären Bereich geht der Bericht immer noch von 683 neuen Heimen aus. Was sagen Sie dazu?

Leser: Der Bedarf wächst in allen Bereichen der Langzeitpflege und auch der Langzeitbetreuung. Neben der demografischen Entwicklung sind dafür spezielle Pflegebedürfnisse verantwortlich: Die Gerontopsychiatrie ist stark gefordert, psychische Störungen nehmen zu, auch Suchtprobleme und natürlich Demenz. Auch der Bedarf im Bereich Palliative Care steigt. Hinzu kommen spezifische Bedürfnisse von alten Menschen mit Migrationshintergrund oder auch von alten Menschen mit Behinderung. In all diesen Bereichen ist der Aufwand pro Person hoch, sowohl bei der Pflege als auch bei der Betreuung.

Höchli: Bei einer unveränderten Versorgungspolitik ist der Bedarf an zusätzlichen

Langzeitbetten in Pflegeheimen vor allem in der Deutschschweiz sehr hoch. In der Westschweiz, wo schon heute betagte Menschen mit tiefen Pflegestufen ambulant begleitet werden, wächst die Spitex stark. Am meisten überrascht mich beim Bericht die prognostizierte Entwicklung bei den betreuten Wohnformen. Der Bericht geht davon aus, dass die Nachfrage in den kommenden Jahren wahrscheinlich höher ist als heute. Ich bin überzeugt, dass das Betreute Wohnen bedeutend mehr an Bedeutung gewinnen wird, als dies im Bericht zum Ausdruck kommt.

Ihrer Meinung nach unterschätzt der Obsan-Bericht die künftige Nachfrage nach betreuten Wohnformen?

Höchli: Der Bericht zeigt ja auf, welche Folgen unterschiedliche politische Szenarien für die Langzeitpflege haben. Überraschend ist für mich, dass die künftig zu erwartende Entwicklung beim Betreuten Wohnen nicht sehr differenziert ausgearbeitet worden ist.

Sie gehen also nicht davon aus, dass künftig selbst bei einer Verlagerung in den ambulanten und intermediären Bereich noch 683 zusätzliche Heime nötig sind?

Leser: Diese Zahlen stelle ich in Frage. Wenn wir die integrierte Versorgung, zu der wesentlich auch intermediäre Strukturen wie das Betreute Wohnen gehören, endlich umsetzen, braucht es nicht so viele neue Heime. Wir müssen uns von einem Denken verabschieden, das die Langzeitpflege in Sektoren einteilt, die nebeneinander und nicht miteinander funktionieren. Wir müssen uns auch von der Grundhaltung verabschieden, das Alter als Krankheit zu betrachten. Die Langzeitpflege fusst heute immer noch viel zu stark im Verständnis des Krankenversicherungsgesetzes. Das Alter ist aber keine Krankheit, sondern ein Lebensabschnitt.

Mit dieser Aussage sprechen Sie die Vision «Wohnen im Alter» des Branchenverbands Curaviva an?

Leser: Mit der Vision «Wohnen im Alter» bringen wir zum Ausdruck, dass die betagten Menschen in erster Linie ein für sie gutes Wohnumfeld möchten. Zusätzlich benötigen sie entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen Pflege, Betreuung und weitere Dienstleistungen. All dies erfordert den Aufbau vielfältiger, miteinander vernetzter und durchlässiger Angebote. Pflegeheime sind ein Teil davon, zum Beispiel spezialisierte Heime für Demenz. Von zentraler Bedeutung sind allerdings auch das Betreute Wohnen, die verschiedenen Tages- und Nachtstrukturen und natürlich die Spitex.

Der Obsan-Bericht 03/22: Bedarf an Alters- und Langzeitpflege in der Schweiz. Prognosen bis 2040.



«Wir müssen auch Zusatzfinanzierungen prüfen, zum Beispiel mit der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer.»

Daniel Höchli, Geschäftsführer von Artiset

Weshalb sind Sie so überzeugt davon, dass das Betreute Wohnen stark an Bedeutung gewinnen wird?

Höchli: Die Vision «Wohnen im Alter» von Curaviva orientiert sich an der Nachfrage. Die Menschen wollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben. Und das Betreute Wohnen hat hier oft einen Vorteil gegenüber dem angestammten Wohnen. So haben die Betagten einen raschen, unkomplizierten Zugang zu allen Dienstleistungen, auch zur Pflege. Zudem gibt es Kostenvorteile: Im Betreuten Wohnen fallen tiefere fixe Infrastrukturkosten an als in einem Heim. Und gegenüber der regulären Spitex sind beim Betreuten Wohnen die Personalkosten tiefer. So sind die Wegkosten kleiner, und zudem können häufiger Pflegeteams mit unterschiedlich qualifiziertem Personal angeboten werden.

Leser: Das möchte ich unterstützen. Entscheidend ist, dass die Politik aufgrund solcher Vorteile die Weichen richtig stellt. Dazu gehören unter anderem entsprechend angepasste Ergänzungsleistungen, damit auch weniger begüterte Menschen sich das Betreute Wohnen leisten können. Der Bundesrat wird ja demnächst einen Gesetzesentwurf vorlegen.

Höchli: Im Unterschied zu einer Pflegeheimstruktur lassen sich Überbauungen mit betreuten Wohnformen bei Bedarf auch wieder anders nutzen. Die Langzeitpflege wird vor allem in den nächsten 20 bis 30 Jahren ein grosses Mengenwachstum erfahren, danach wird die Kurve wieder abflachen. Es macht wenig Sinn, für diese Zeit Hunderte neuer Heime zu bauen.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die nötigen Strukturen entsprechend rasch aufgebaut werden können?

Leser: Ich bin sehr skeptisch. Es gibt erste Kantone, welche die integrierte Versorgung in ihren Planungen berücksichtigen. Der Kanton Baselland etwa, auch St. Gallen und das Tessin. Die Romandie ist häufig weiter als die Deutschschweiz, vor allem der Kanton Waadt. Oft fehlt aber noch der politische Wille.

Höchli: Auch ich sehe riesige Herausforderungen. Und zwar unabhängig vom Föderalismus und auch unabhängig davon, für welche Art von Strukturen sich die Verantwortlichen letztlich entscheiden. Wir haben vor allem zwei limitierende Faktoren: die Fachkräfte und die Finanzen. Es ist zurzeit noch völlig unklar, wie wir den Bedarf stemmen.

Der Obsan-Bericht geht davon aus, dass der Bereich der Alters- und Langzeitpflege im Jahr 2045 knapp ein Viertel der Gesundheitskosten beanspruchen wird, derzeit sind es rund 15 Prozent. Was ist zu tun?

Höchli: Bereits ein Bericht des Bundesrats von 2016 hat aufgezeigt, dass im Bereich der Langzeitpflege grosse finanzielle Herausforderungen auf uns zukommen. Die Obsan-Studie enthält jetzt die Basis, um den Finanzierungsbedarf genauer zu schärfen. Aufgrund der Studie fragt der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli in einer Interpellation nach, bis wann der Bundesrat den entsprechenden Bericht vorlegt. Wichtig ist zudem, →



Um die nötigen Strukturen aufzubauen, braucht es den entsprechenden politischen Willen. Diese Forderung stellen Artisiet-Geschäftsführer Daniel Höchli (l.) sowie Markus Leser, Mitglied der Artisiet-Geschäftsleitung und Geschäftsführer des Branchenverbands Curaviva. Foto: esf

Fehlanreize zu eliminieren, die durch unterschiedliche Finanzierungen im ambulanten und stationären Bereich entstehen, was die Entwicklung eines ganzheitlichen Systems der integrierten Versorgung verhindert. Hier existiert bereits eine entsprechende Vorlage, bei welcher der Ständerat hoffentlich demnächst entscheidet, auch die Finanzierung der Pflegeleistungen einzubeziehen. Das alles genügt aber sicher noch nicht.

Wo sehen Sie die zentralen Probleme?

Höchli: Ein grosses Problem besteht darin, dass sich der Bund respektive die Krankenversicherer einerseits und die Kantone andererseits die Verantwortung hin- und herschieben, besonders in den Bereichen Demenz und Palliative Care. Neben der Pflege im engeren Sinn erfordern diese Bereiche auch viel Betreuungsarbeit. Bei der Pflege ist die Finanzierung aufgeteilt

auf Krankenversicherer und Kantone, bei der Betreuung hingegen ist diese den Kantonen überlassen. Berechnungen des Bundes aus dem Jahr 2016 zeigen, dass die Kantone die Steuern um 10 Prozent erhöhen müssten, um die künftigen Kosten der Langzeitpflege und -betreuung zu stemmen.

Was schlagen Sie vor?

Höchli: Wir müssen auch Zusatzfinanzierungen prüfen. Zum Beispiel mit einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Ich sage bewusst befristet: Das Wachstum der pflegebedürftigen Menschen wird uns vor allem in den nächsten 20 bis 30 Jahren beschäftigen. Wenn man eine breit abgestützte Einnahmequelle sucht, erachte ich eine solche Erhöhung der Mehrwertsteuer für eine gute Option.

Leser: Bei der Beurteilung der Kosten braucht es aus meiner Sicht auch eine

volkswirtschaftliche Betrachtungsweise. Die Generation ab 65 Jahren trägt mittels Steuern viel zum Gemeinwesen bei. Die Kosten, die ja erst im hohen Alter anfallen, muss man diesen Einnahmen gegenüberstellen. Damit relativiert sich die Kostenfrage.

Die Verteilungskämpfe um öffentliche Gelder werden sich in den nächsten Jahren akzentuieren. Zudem hat die Langzeitpflege gegenüber der Akutmedizin einen schweren Stand. Was ist zu tun?

Höchli: Die Akutmedizin hat es einfacher. Sie nützt der ganzen Bevölkerung, vom Säugling bis zum alten Menschen. Zahlreiche Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter setzen sich dafür ein, dass diese Anliegen erfüllt werden. Verschiedene Branchen, allen voran die Pharmabranche, können hier zudem viel Geld



Einbezug der Zivilgesellschaft gefordert. Was sagen Sie dazu?

Höchli: Es wird sehr teuer, wenn die Begleit- und Betreuungsarbeit fast ausschliesslich durch Fachpersonen geleistet wird. Es braucht hier Angehörige, Nachbarn und Freiwillige. Der Einbezug der Zivilgesellschaft trägt darüber hinaus aber auch zur Lebensqualität bei. Das wird ja auch in Curaviva-Modell «Wohnen im Alter» deutlich. Der Einbezug der Zivilgesellschaft stellt die Integration in die Gesellschaft sicher. Und schliesslich kann dadurch auch der Fachkräftemangel etwas entschärft werden. Damit sich aber genügend Freiwillige finden, müssen wir ein Anreizsystem schaffen.

Leser: Ja, das sehe ich auch so. Freiwilligenarbeit ist kein Selbstläufer. Anreize könnten zum Beispiel in Weiterbildungen bestehen. Es braucht auch eine Moderation, um die verschiedenen Teile der Zivilgesellschaft, also Angehörige, Nachbarn und Freiwillige, zusammenzubringen. Darüber hinaus müssen alle Akteure, professionelle und nicht-professionelle, in einem Gesamtsystem zusammengeführt werden. Auch die interprofessionelle Zusammenarbeit, also die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, ist von zentraler Bedeutung.

sind aber auch eine gute Arbeitsorganisation oder das Betriebsklima. Dazu gehört etwa auch das Anbieten einer Kita.

Was unternehmen die Föderation Artiset und der Branchenverband Curaviva, damit die Langzeitpflege und -betreuung langfristig gesichert ist?

Höchli: Artiset unterstützt den Branchenverband in allen Anliegen. Zurzeit sind wir stark engagiert beim Thema Fachkräfte, konkret bei der Umsetzung der Pflegeinitiative. Damit werden wir aber längst nicht alle Probleme lösen. Das Problem ist umfassend und betrifft neben der Pflege auch den Sozialbereich. Weiter setzen wir uns für den Einbezug der Pflege in die Vorlage zur einheitlichen Finanzierung des ambulanten und stationären Bereichs ein. Und was die Zusatzfinanzierung zum Beispiel mittels einer Erhöhung der Mehrwertsteuer betrifft: Hier suchen wir mögliche Partner, um dieses Anliegen in der Politik einzubringen.

Leser: Der Branchenverband ist in all die politischen Projekte stark eingebunden. Zudem präzisieren und konkretisieren wir unsere Vision «Wohnen im Alter». Mittels Medien- und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir die Gesellschaft dafür sensibilisieren, die integrierte Versorgung im Bereich der Langzeitpflege auch tatsächlich umzusetzen. ■

investieren. Was ich sagen möchte: Eine Überversorgung besteht sicher nicht in der Langzeitpflege, sondern anderswo, und diese sollte man reduzieren.

Leser: Zudem brauchen wir eine gesellschaftliche Wertedebatte. Jeder und jede muss wissen, was passiert, wenn sie im hohen Alter multimorbid werden. Das Problem besteht darin, dass die Politik und die Gesellschaft den multimorbiden Menschen nicht ernst nehmen, weil er für die Gesellschaft nicht mehr produktiv ist und es auch nie mehr sein wird. Wir verdrängen das Alter. Dagegen müssen wir ankämpfen.

Höchli: Es gibt kein Patentrezept. Wir müssen immer wieder sensibilisieren. Die Klimadebatte macht das deutlich. Es braucht enorm viel, um politische Einstellungen und das Verhalten zu ändern.

Nicht zuletzt aus finanziellen Gründen wird auch immer wieder der

Neben der Finanzierung ist der Fachkräftemangel eine grosse Herausforderung...

Leser: Es muss uns als Branche gelingen, das Image der Langzeitpflege zu verbessern. Zudem arbeiten wir derzeit an einem Projekt, wo wir gemeinsam mit jungen Menschen neue Arbeitszeitmodelle entwickeln. Wichtig scheint mir aber auch ganz besonders, dass wir finanzielle Anreize schaffen, zum Beispiel im Rahmen von Weiterbildungen. Grössere Pflegeheime, die über einen bestimmten finanziellen Spielraum verfügen, machen das bereits.

Höchli: Gerade in Zeiten einer guten Konjunktur, wo der Arbeitsmarkt generell ausgetrocknet ist, braucht es finanzielle Anreize, um konkurrenzfähig zu sein. Ohne einen finanziellen Spielraum können die Arbeitgeber die Attraktivität nur minimal erhöhen. Wichtige Faktoren

*Markus Leser ist Mitglied der Geschäftsleitung Artiset und Geschäftsführer des Branchenverbands Curaviva. Curaviva setzt sich für die Anliegen der Dienstleister für Menschen im Alter ein.

Daniel Höchli ist Geschäftsführer der Föderation Artiset mit ihren drei Branchenverbänden Curaviva, Insos und Youvita. Artiset unterstützt alle Branchenverbände der Föderation in zentralen Themen wie zum Beispiel Fachkräfte oder Finanzierung der Dienstleistungen.

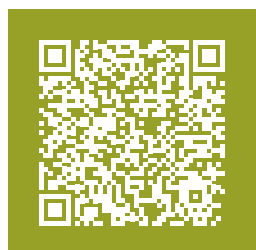
Lebensqualität dank Caring Communities

Fachkräfte, Angehörige, Nachbarn und Freiwillige wirken in Caring Communities zusammen, um Menschen mit Unterstützungsbedarf in ihrem sozialen Umfeld zu begleiten. Der Branchenverband Curaviva hat auf seiner Website zwecks Inspiration 21 Beispiele «Guter Praxis» aufgeschaltet. Die hier skizzierten 7 Beispiele geben einen ersten Einblick.

Von Katharina Thurnheer*



Hier finden Sie eine Beschreibung aller 21 Beispiele:



- 1 Betreutes Wohnen in einem neuen Quartier**
Das betreute Wohnen in der Altersresidenz Résidence Senior Oassis in Crissier (VD, getragen vom Verein Althys) verpflichtet sich dem personenzentrierten Ansatz und fördert insbesondere den Gemeinschaftsinn zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern untereinander sowie mit dem umgebenden Quartier.
- 2 Unterstützung für ältere Geflüchtete**
Dieses Projekt des Hilfswerks der Evangelisch-reformierten Kirchen Schweiz (HEKS) im Kanton Zürich setzt direkt an den spezifischen Lebenssituationen von älteren Frauen und Männern mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie an. In einem Tandem mit einer freiwilligen Begleitperson wird die soziale Integration im Quartier erleichtert.
- 3 Integrierte Versorgung auf kleinem Raum**
Das kleinste Spital der Schweiz, das Gesundheitszentrum Center da Sandà Val Müstair, zeichnet sich durch ein umfassendes Angebot und inter-



Illustration: Kathrin Locher/Rembrand AG

professionelle Zusammenarbeit aus. Mit gezielten Massnahmen stellt es sicher, dass seine Dienstleistungen für die Bevölkerung der abgelegenen Gemeinden auch wirklich zugänglich sind.

4 Die soziale Abwartin hat eine wichtige Funktion

Als Teil eines umfassenden Versorgungskonzepts der Spitex Bellinzona unterstützt und berät der soziale Abwart respektive die soziale Abwartin Menschen im Alter in deren Zuhause und hilft ihnen, zusammen mit Freiwilligen der Gemeinde, soziale Beziehungen zu wahren und pflegen.

5 Wie generationenübergreifendes Wohnen gelingt

Das Projekt Generationenwohnen in Burgdorf BE demonstriert, dass sich selbst in einer äusserst heterogenen Mieterschaft eine inklusive und lebendige Nachbarschaft entwickeln kann. Eine wichtige Basis dafür liegt in der professionellen Sozialraummoderation.

6 Nachhaltige Raumentwicklung für Ältere

In einem partizipativen Verfahren ermöglicht es die Waadtländer Gemeinde Château-d'Oex ihren älteren Bewohnenden, für eine Landschaft zu sorgen, die ihnen auch im fortgeschrittenen Alter wertvoll und zugänglich bleibt.

7 Im vertrauten Quartier alt werden

Mit einem breit vernetzten Angebot an bedürfnis- und bedarfsgerechten Dienstleistungen direkt in den Quartieren der Stadt Luzern fördert der Verein Vicino Luzern das selbstbestimmte Wohnen und Leben für ältere Menschen. Und dies – so lang wie möglich – in ihrem eigenen Zuhause.

*Katharina Thurnheer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Branchenverbands Curaviva.



Gesundheit

Jetzt
Infos holen

CAS Klinische Kompetenzen in Gerontologischer Pflege

Erweitern Sie Ihre klinischen Kompetenzen,
um ältere multimorbide Patientinnen und
Patienten umfassend im Alltagsmanagement
zu unterstützen.

Start: 10. Januar 2023

Mehr Info zum CAS:

→ zhaw.ch/gesundheit/weiterbildung



SWISS
SVG
Trophy

Jetzt
anmelden!
Bis 21.11.2022



**DEIN TEAM SCHWINGT
DIE KOCHLÖFFEL
WIE KEIN ANDERES?**

svg-trophy.ch

Der Wettbewerb für die Spital-,
Heim- und Gemeinschaftsgastronomie



ERSTE HILFE

FÜR MENSCHEN MIT LETZTER HOFFNUNG



[WWW.MSF.CH](https://www.msf.ch)
PK 12-100-2



Älteren die digitale Welt erschliessen

Damit Seniorinnen und Senioren noch besser am technologischen Fortschritt teilhaben können, benötigen sie Beratung und Begleitung. Der Branchenverband Curaviva und Artiset haben gemeinsam mit dem Senior-Lab in Lausanne Empfehlungen erarbeitet.

Von Anna Jörgler*

Menschen im Alter nutzen nur einen Bruchteil der technologischen Möglichkeiten, die ihnen in ihrem Alltag Unterstützung bieten könnten. Die Gründe für die verhaltene Nutzung digitaler Möglichkeiten sind vielfältig. Ein zentraler Erfolgsfaktor, welcher über den Zugang älterer Menschen zu technologischen Lösungen und ihre tatsächliche Nutzung im Alltag entscheidet, ist eine adäquate Begleitung. Und zwar bezogen auf die Wünsche, die Bedürfnisse sowie die Fähigkeiten der Seniorinnen und Senioren. Die Begleitung darf dabei nicht als punktuelle, produktbezogene und einmalige Dienstleistung verstanden werden, sondern als eine ganzheitliche, produktunabhängige und langfristige Unterstützung.

Der Unterstützungspfad reicht von der Beratung zu potenziell sinnvollen Technologien über die Hilfe bei der Anschaffung, Installation und Bedienung bis hin zum technischen Support und zur Schulung am Gerät. Idealerweise mündet die Begleitung in eine Bewertung des effektiven Nutzens einer bestimmten Technologie. Wollen wir älteren Menschen den Zugang zu Technologie ermöglichen und mit Technologie wirklichen Mehrwert generieren, müssen wir bessere Begleitungsangebote entwickeln. Es fehlt jedoch das Wissen darüber, welche Angebote es tatsächlich gibt und welche Bedürfnisse und Wünsche ältere Menschen tatsächlich haben.

Der Branchenverband Curaviva und Artiset haben ein Projekt lanciert, das diese Wissenslücken schliessen möchte. Zusammen mit dem Senior-Lab in Lausanne wurde eruiert, welche Angebote es in der Schweiz gibt und was eine gute Beratung und Begleitung ausmacht. Die Arbeit mündet in Empfehlungen, wie Seniorinnen und Senioren

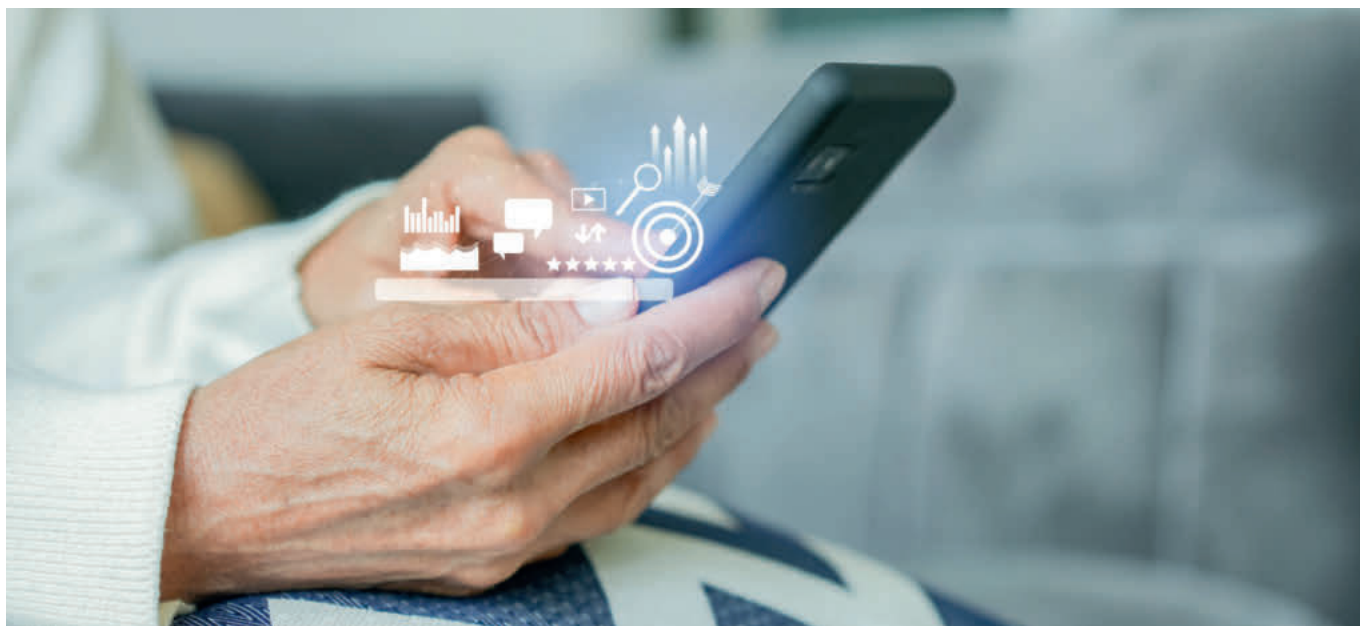
unterstützt werden können. Die Ergebnisse sind auf den Websites von Curaviva und Artiset aufgeschaltet. Die wichtigsten Erkenntnisse werden im Folgenden zusammenfassend vorgestellt.

Gleichzeitig zu viele und zu wenige Angebote

Die Untersuchung zeigt zunächst auf, dass die meisten in der Schweiz bestehenden Unterstützungsdienste auf die Bereiche Beratung, Erwerb und Anleitung ausgerichtet sind. Im Gegensatz dazu gibt es für den technischen Support nur wenige Angebote, und bei der Technologiebewertung, der Evaluation, scheinen Angebote ganz zu fehlen.

Ähnliches gilt mit Blick auf die Abdeckung einzelner Technologiebereiche: Übervertreten sind Angebote zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, während diese bei den Assistenztechnologien, zum Beispiel im Bereich Sicherheit, weitgehend fehlen. Diese ungleiche Gewichtung der Begleitungsangebote hängt auch damit zusammen, dass die verschiedenen Dienstleistungsanbieter sich nicht vernetzen. So entstehen redundante Angebote, während andere Themen nicht abgedeckt werden. Zudem lassen sich keine Synergieeffekte erzielen.

Eine weitere Herausforderung besteht auch im Bereich des Zugangs zu Informationen: Die oft nur über das Internet abrufbaren Informationen zu Begleitungsangeboten sind für ältere Menschen häufig nur schwer oder gar nicht zugänglich. Entweder sind sie selbst in der Lage, das Internet zu bedienen, oder sie haben Angehörige und Bekannte, die sich damit auskennen. Es ist stossend, wenn man gerade diejenigen Personengruppen nicht erreicht, die am meisten von Unterstützungsdiensten profitieren würden.



Technologische Möglichkeiten können Seniorinnen und Senioren viel Unterstützung bieten. Dafür braucht es aber adäquate Beratungs- und Begleitungsangebote. Foto: Adobe Stock

Um die Erwartungen der Seniorinnen und Senioren an die Begleitung bei der Anschaffung und Nutzung von Technologien zur Alltagsunterstützung in Erfahrung zu bringen, führte das Lausanner Senior-Lab eine Reihe von Fokusgesprächen durch (siehe dazu Seite 43). Dabei schälten sich folgende Aspekte heraus:

Vokabular: Die Mitarbeitenden sollten auf ein für ältere Personen leicht verständliches Vokabular zurückgreifen. Eine Popularisierung der oft technischen oder englischsprachigen Begriffe und eine konsistente Verwendung von anknüpfungsfähigen Begriffen bieten sich an.

Orientierung an konkreten Bedürfnissen: Die Unterstützung sollte sich an den praktischen Bedürfnissen und konkreten Lebenssituationen der Seniorinnen und Senioren orientieren. Lernen anhand von praktischen, lebensnahen Übungen sollte im Vordergrund stehen. Die Komplexität der Problemstellungen ist schrittweise und den Fähigkeiten der älteren Personen anzupassen.

Zugänglichkeit: Informationsmaterialien müssen an Orten zu finden sein, wo sich die Seniorinnen und Senioren im Alltag aufhalten (etwa Aushang am «schwarzen Brett» der Wohnanlage, Informationsbroschüre in der Podologiepraxis). Zudem sollten die Informationsmaterialien eine transparente Ausweisung der Kosten für die Inanspruchnahme der Unterstützung beinhalten.

Individuelle Unterstützung: Die Unterstützung sollte persönlich und einfühlsam sein. Eine wohlwollende Atmosphäre, welche Zeit- und Leistungsdruck ausklammert, ist ein wesentliches Element. Eine Sensibilisierung und Schulung der Personen ist sehr zu empfehlen, insbesondere Basiskenntnisse im Bereich der Gerontologie dürfen dabei nicht fehlen.

Für Anbieter von Unterstützungsdiensten bedeutet dies, dass sie die entsprechenden Kompetenzen bei ihren Mit-

arbeitenden aufbauen. Das kann anspruchsvoll sein, denn nebst den technischen Kompetenzen braucht es auch soziale, pädagogische und didaktische Fertigkeiten. Ein Grund mehr, sich mit anderen Dienstleistern zu vernetzen und Synergien zu schaffen.

Vernetzung der Dienstleister

Es braucht künftig eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Anbietern digitaler Dienste und Produkte sowie den Anbietern von Schulungs- und Unterstützungsangeboten. Letztere können auf diese Weise vom Know-how der Technikanbieter profitieren, während für die Anbieter digitaler Dienste und Produkte die didaktische und pädagogische Erfahrung sinnvoll ist. Um eine bedürfnisgerechte Begleitung älterer Menschen zu ermöglichen, müssen die verschiedenen Unterstützungsangebote auch inhaltlich besser koordiniert werden. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Dienstleistern könnte auf regionaler, kantonomer oder sogar nationaler Ebene erfolgen und auch die Entwicklung von Richtlinien und unterstützenden Instrumenten umfassen. Mit einem Engagement der öffentlichen Hand könnten die Vertrauenswürdigkeit der Angebote und die allgemeine Zugänglichkeit gefördert werden. ■

*Anna Jörger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Branchenverbands Curaviva.

Das Begleitkonzept finden
sie hier:



«Die Wahrnehmung der Gesellschaft muss sich ändern»

Delphine Roulet Schwab ist Professorin an der Haute École de la Santé La Source (HES-SO) in Lausanne und gehört dem Lenkungsausschuss des Senior Lab an. Das innovative Labor arbeitet an verschiedenen Projekten zum Thema Menschen im Alter, unter anderem zu deren Begleitung beim Erwerb digitaler Kompetenzen.

Interview: Anne Vallelan

Wie kam es zu diesem Projekt der Digitalisierungsbegleitung, und wie sind Sie bei der Bedarfsermittlung vorgegangen?

Wir erhielten von Branchenverband Curaviva den Auftrag für eine vertiefte Analyse der Thematik. Unsere Studie

führten wir in der Deutsch- und Westschweiz sowie im Tessin in mehreren Etappen durch. Meine Kolleginnen und Kollegen vom Senior Lab und ich begannen mit der Kartografierung der bestehenden Unterstützungsleistungen. Dann bildeten wir Diskussionsgruppen mit

Menschen im Alter, Angehörigen und Leistungserbringern. Auf dieser Basis erarbeiteten wir ein Pflichtenheft zwecks Definition der idealen Unterstützung. Schliesslich erarbeiteten wir ein Geschäftsmodell, das auf dem «Teaching the Teacher»-Konzept basiert. Das Projekt dauerte ungefähr ein Jahr. Wegen der Pandemie mussten wir uns anpassen und vieles erfolgte über Videokonferenzen. Insgesamt nahmen 60 Personen an unserer Studie teil, darunter 32 Menschen im Alter zwischen 66 und 86 Jahren.

DAS SENIOR LAB

Das Senior Lab als interdisziplinäre Innovations- und Forschungsplattform für Lebensqualität und Autonomie der Seniorinnen und Senioren zeichnet sich durch seinen partizipativen, co-kreativen Ansatz bei der Erarbeitung von innovativen Lösungen für und mit Menschen im Alter aus. Das Senior Lab wurde 2018 von drei Waadtländer Hochschulen gegründet: dem Institut et Haute École de la Santé La Source, der Haute École d'Ingénierie et de Gestion du Canton de Vaud (HEIG-VD) und der École cantonale d'art de Lausanne (ECAL). Die Menschen im Alter sind die eigentlichen Expertinnen und Experten und teilen ihre Erfahrungen und Ideen. In den interdisziplinären Projekten von Senior Lab fliesst das Fachwissen von Spezialistinnen und Spezialisten aus dem Gesundheitswesen, der Gerontologie, dem Design, der Ökonomie und den Ingenieurwissenschaften der drei Gründer-Hochschulen ein.

→ www.senior-lab.ch

Warum ist die Frage der Begleitung so wichtig?

Wenn eine betagte Person zu Hause auf ein Problem stösst, sollte eine Bezugsperson sie unterstützen können. Diese Kontaktperson fehlt aber meistens. Wenn Menschen im Alter Fragen haben, wenden sie sich nämlich an ihre Kinder →



Weiterbilden. Weiterkommen.

CAS Praxisentwicklung in der Palliative Care

Start: 19. Januar 2023

ost.ch/cas-praxisentwicklung-palliativecare



Bildung für Unterstützte
Kommunikation

Informieren Sie sich
auf www.buk.ch

KURSE 2023

Behinderung
und Entwicklung

Bei uns finden
Sie das passende
Personal!

sozjobs.ch

Der Stellenmarkt für Sozial- und Gesundheitsberufe

«Wir dürfen uns nicht auf die Defizite beschränken, sondern müssen vor allem die Autonomie der Menschen im Alter fördern und ihr Potenzial ausschöpfen.»

Delphine Roulet Schwab

und Enkelkinder. Die Familie steht jedoch nicht immer zur Verfügung, und ältere Menschen wollen nicht unbedingt von ihren Angehörigen abhängig sein. Die Folge: Manche Seniorinnen und Senioren sind isoliert. Nehmen wir als Beispiel die Einzahlungen. Wenn es der betagten Person nicht gelingt, ihre Rechnungen via E-Banking zu bezahlen, geht sie an den Bankschalter, was aber Zusatzkosten verursacht. Aus Gründen der Gerechtigkeit darf es nicht sein, dass ältere Menschen mehr bezahlen müssen. Und aus psychologischer Sicht führt dies zu einem Verlust an Selbstvertrauen.

Welches sind die grössten Herausforderungen für eine bedarfsgerechte Begleitung?

Die grösste Herausforderung ist, den heterogenen Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren gerecht zu werden, da die finanziellen Ressourcen und die Mobilität von Fall zu Fall stark variieren. Zudem geht es nicht nur um eine technologische, sondern auch um eine zwischenmenschliche Begleitung. Bis heute vereinigt kein Berufsprofil diese beiden Aspekte. Für Personen im Pflegebereich und im Sozialwesen muss die Ausbildung deshalb technischer werden und für die technischen Berufsprofile mehr in Richtung Soziales oder Gerontologie gehen. Eine zusätzliche Herausforderung ist die Einstellung. Wir dürfen uns nicht auf die Defizite beschränken, sondern müssen vor

allem die Autonomie der Menschen im Alter fördern und ihr Potenzial ausschöpfen.

Welche Lehren ziehen Sie aus der Studie?

Es gibt ziemlich viele Unterstützungsinitiativen, aber keine Gesamtübersicht. Informatikkurse gibt es zwar, aber kein Internetportal listet alle Angebote auf. Zudem beziehen sich die angebotenen Leistungen mehrheitlich auf Informations- und Kommunikationstechnologien und weniger auf Fernversorgungssysteme, die Nutzung von Online-Verwaltungsdienstleistungen oder gar E-Banking.

Was braucht es, um die Lücken zu schliessen?

Die Wahrnehmung der Gesellschaft gegenüber Menschen im Alter muss sich ändern. Viele Unternehmen betrachten

Seniorinnen und Senioren als wenig flexible Kundinnen und Kunden und meiden deshalb zusätzliche Kosten. Das Alter allein ist aber nicht mehr aussagekräftig. Dementsprechend braucht es bessere Kenntnisse darüber, wer die Menschen im Alter wirklich sind. Mit 90 Jahren kann man noch sehr gut in Form sein, aber auch mit 65 Jahren bereits unter grösseren Gesundheitsproblemen leiden. Eine Sensibilisierung der Unternehmen wäre deshalb wichtig. Die Menschen im Alter stehen unter Druck, um den Anschluss nicht zu verlieren. Dies muss bei den Lösungsvorschlägen berücksichtigt werden. Manche Personen sind Änderungen gegenüber abgeneigt, da sie den Eindruck haben, dass man sie dazu zwingt. Erklärt man ihnen jedoch den Mehrwert im Alltag, ändern sie vielleicht ihre Meinung. Die Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb entscheidend. ■



«Ältere Menschen wollen nicht unbedingt von ihren Angehörigen abhängig sein», beobachtet Delphine Roulet Schwab, Professorin an der Haute Ecole de la Santé La Source in Lausanne. Foto: Hélène Tobler

SWISS HANDICAP

Messe für Menschen mit und ohne Behinderung

2. bis 4.
Dezember 2022

Messe Luzern

Goldpartner

Plusport 
Behindertensport Schweiz
Sport Handicap Suisse
Sport Andicap Svizzera

Jetzt
Ticket
kaufen!

swiss-handicap.ch

Einzigartige Erlebnisse und Informationen

- Über 100 Aussteller präsentieren Hilfsmittel, Produkte und Dienstleistungen
- Fokuszone «Arbeit»
- Interaktive Event- und Sporthalle
- Forum mit Fachreferaten
- ...und vieles mehr!



ROHRMAX 
Abfluss verstopft?
24h Service
Werterhalt + Vorsorge
RohrMax kontrolliert
kostenlos Ihre
Abwasserrohre
+ Schächte.
**Kostenlose
Rohr-
Kontrolle**
Informiert sein!
...ich komme immer! 0848 852 856
info@rohrmax.ch

Danielsburg GmbH – im Kundenauftrag

Kleines Pflegeheim zum Verkauf

Eine Existenz für Pflege- oder Heimleitung oder eine sympathische Kapitalanlage. Das zeitgemässe, vollbelegte Haus entspricht den Vorschriften und liegt im Raum Thun.

Kontakt: daniel.burkhalter@danielsburg.ch



DER
PFERDE
FLÜSTERER

Begegnungen auf Augenhöhe, mehr Selbstbestimmung und einen bunten Alltag:

Das und vieles mehr bieten wir Joel und weiteren 200 Menschen mit geistiger, psychischer und körperlicher Beeinträchtigung. Sie alle haben bei uns ihre Heimat auf Lebenszeit gefunden.

Entdecken Sie Heimat: www.stiftung-waldheim.ch



Die Heimat
für Menschen
mit Handicap.


stiftung
waldheim

Eine innovative Tagesstruktur ohne Lohn

«Mehr Abwechslung, mehr Vielfalt, mehr Teilhabe»: Unter diesem Motto wurde die Tagesstruktur Handwerk und Kunst der Stiftung Zuwebe in Baar ZG neu konzipiert. Die Beschäftigten haben nun die Möglichkeit, neben ihrer Arbeit weitere Angebote in den Bereichen Natur, Kultur und Bewegung zu besuchen.

Von Sonja Gross*

Beim Angebot Handwerk und Kunst (H&K) handelt es sich um ein Tagesstrukturangebot für Erwachsene mit einer primär kognitiven Beeinträchtigung und einer IV-Rente, die eine geregelte Tagesstruktur ohne Produktions- und Leistungsdruck brauchen. In den fünf verschiedenen Ateliers

(Keramik-, Karten-, Kunst-, Mal- und Produktionsatelier) sind rund 60 Personen beschäftigt. Mit der Neukonzeptionierung des Angebots hat die Stiftung Zuwebe 2020 einen Weg zur Ausgestaltung einer Tagesstruktur ohne Lohn eingeschlagen.

DIE STIFTUNG ZUWEBE

Die Stiftung Zuwebe mit Sitz in Baar ist eine der grössten Institutionen im Kanton Zug. Im Fokus des Unternehmens steht die Begleitung und Integration von über 300 Menschen mit Beeinträchtigung im Arbeits-, Ausbildungs- und Wohnbereich. An mehreren Standorten im Kanton Zug, bietet die Stiftung Arbeitsangebote in ganz unterschiedlichen Branchen an und ist als Dienstleisterin und Kooperationspartnerin für Industrie, Verwaltung und das Gewerbe tätig. Der Wohnbereich bietet verschiedene Wohnformen an, die auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner abgestimmt sind. Für die professionelle Begleitung von Menschen mit Beeinträchtigung im Betrieb wurde ein agogisches Rahmenkonzept entwickelt. Dieses prägt die Kultur der Stiftung und dient als Nachschlagewerk und Leitfaden für den Arbeitsalltag. Die Stiftung gehört mit den 180 Vollzeitstellen bzw. über 250 Fachpersonen in Betreuung, Administration, Industrie, Gastronomie und Logistik zu den 100 grössten Zentralschweizer Unternehmen.

Ein ganzheitlicheres Leben ermöglichen

Das Angebot wurde in Orientierung an die UN-Behindertenrechtskonvention und das Agogik-Rahmenkonzept der Stiftung Zuwebe entwickelt. Chancengleichheit, Inklusion, Selbstbestimmung, Empowerment und Partizipation sind zentrale Leitideen der UN-BRK. Von besonderer Bedeutung für die Angebotskonzeption waren Artikel 27 und Artikel 30. Artikel 27 fordert das gleiche Recht von Menschen ohne und mit Behinderung auf Arbeit und Beschäftigung. Artikel 30 beschreibt das Recht von Menschen mit Behinderung auf Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport. Beide Forderungen im institutionellen Kontext zu erfüllen, war in der Vergangenheit eine Herausforderung. Schon für Menschen ohne Beeinträchtigung ist es oftmals herausfordernd, eine Work-Life-Balance zu finden, für die Teilnehmenden des Angebots Handwerk und Kunst war dies noch viel schwieriger. «Sie waren oft zu müde, um abends oder am Wochenende →



Konzentration und Entspannung: Zur breiten Palette der Freizeitaktivitäten gehört etwa Yoga...



... oder auch das Kochen im Wald über dem offenen Feuer.
Fotos: Stiftung Zuwebe

nebst dem Atelier noch an kulturellen oder sportlichen Aktivitäten teilzunehmen», erklärt René Landolt, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Stiftung.

Mit der Änderung des Angebots Handwerk und Kunst als Tagesstruktur mit Lohn in eine Tagesstruktur ohne Lohn eröffneten sich neue Möglichkeiten, den Teilnehmenden ein ganzheitlicheres Leben zu ermöglichen und die Lebensqualität zu steigern. Wobei die Überlegungen zur Umstrukturierung ursprünglich andere waren. Und zwar zeigte sich,

dass die Aufmerksamkeitsspannen und Leistungsfähigkeiten der Beschäftigten nicht ausreichten, um genügend produktiv zu sein und mit dem Erlös der Produkte Lohn zu generieren. Mit dieser Argumentation konnte der Kanton Zug überzeugt werden, und das H&K wurde 2020 zur Tagesstruktur ohne Lohn.

Unter dem Strich hat dies für die meisten Beschäftigten keine grossen finanziellen Auswirkungen. Denn was sie jetzt weniger an Lohn erhalten, bekommen sie mehr an Ergänzungsleistungen, und niemand würde das heutige Angebot wieder eintauschen wollen. Dennoch fehlt dem einen oder anderen der monatlich ausbezahlte Lohn und das damit einhergehende Gefühl der Wertschätzung.

Beschäftigte ins Boot geholt

Bei der Entwicklung des neuen Angebots als Tagesstruktur ohne Lohn war klar, dass die bereits bestehenden Ateliers zur Herstellung von qualitativ hochstehenden und alltagstauglichen Produkten bestehen bleiben, aber durch zusätzliche Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Natur und Bewegung ergänzt werden sollten. Ausserdem sollte es sich noch stärker an den drei Leitprinzipien des Agogik-Rahmenkonzepts der Stiftung Zuwebe orientieren: Inklusion, Empowerment und Sozialraumorientierung.

Marco Marty, Fachperson Betreuung und stellvertretender Teamleiter, erzählt: «Speziell am Entstehungsprozess war, dass wir sehr wenige Vorgaben hatten. Die Art der Aktivitäten, die Anzahl der Aktivitäten – wir von der Basis konnten alles gemeinsam mit den Beschäftigten entwickeln. Alle wurden miteinbezogen.» Das Vertrauen der Geschäftsleitung und das Empowerment schon beim Entstehungsprozess waren laut Marco Marty ein entscheidender Erfolgsfaktor. So konnten nicht nur die Fähigkeiten und Interessen der Fachpersonen, sondern auch die Wünsche und Ideen der Teilnehmenden von Anfang an berücksichtigt und alle mit ins Boot geholt werden.

Damit dies gelang, arbeitete das Team viel mit Leichter Sprache und Unterstützter Kommunikation, insbesondere mit Abbildungen und Fotos, um den Prozess und die Aktivitäten verständlich zu erklären. Es war wichtig, das Interesse der Beschäftigten für die verschiedenen Aktivitäten zu wecken. Denn so manch einer oder eine hätte sich vorher nicht vorstellen können, Graffiti zu sprayen oder im Wald über dem selbstgemachten Feuer zu kochen.

Ein weiterer Erfolgsfaktor war die zur Verfügung gestellte Zeit. In der Pilotphase hatten ausserdem alle die Möglichkeit, die Aktivitäten auszuprobieren und es wurden stetig Rückmeldungen eingeholt und Anpassungen vorgenommen.

Vielfältiges Freizeitangebot

Schliesslich entstand eine breite Palette an verschiedenen Zusatzangeboten, aus denen sich die Teilnehmenden selbst ihren Wochenplan zusammenstellen können: Theater, Fitness im Freien, Schwimmen, Tätigkeiten im Laden, ein erlebnispädagogisches Angebot in der Natur, ein Kultur-

«Die Teilnehmenden des Angebots Handwerk und Kunst waren oft zu müde, um abends oder am Wochenende noch an kulturellen oder sportlichen Aktivitäten teilzunehmen.»

René Landolt, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Stiftung Zuwebe

angebot, Garten und Singen. Alle Aktivitäten finden jeweils einmal pro Woche innerhalb und ausserhalb der Stiftung statt und dauern in der Regel einen halben Tag.

Die Beschäftigten arbeiten nach wie vor in einem der fünf Ateliers, in dem sie lernen, ein Produkt möglichst selbständig zu produzieren. Neu wählen sie jeweils für ein halbes Jahr

zu ihrem Atelier die Aktivitäten, an denen sie teilnehmen möchten. Die angebotenen Aktivitäten werden laufend überprüft und gemeinsam mit den Teilnehmenden angepasst.

Die gesetzten Ziele wurden erreicht und sogar übertroffen. Die Lebenswelten der Beschäftigten haben sich deutlich erweitert, und sie haben viel Neues dazugelernt und erlebt. «Gemüse rüsten und auf dem offenen Feuer zu kochen ist eine schöne Sache. Das habe ich bisher noch nie gemacht. Es tut meinem Gemüt gut, am Abend bin ich müde und kann besser schlafen», sagt etwa Patrizia Britt. Nebst den gesetzten Zielen gab es aber noch weitere positive Wirkungen. Dadurch, dass die Gruppen kleiner geworden sind, können die Teilnehmenden individueller begleitet werden und die Gruppendynamik in den Ateliers ist entspannter. So meint Frieda Iten: «Es ist viel schöner, in den Ateliers zu sein. Wir haben es jetzt viel besser miteinander.» ■

***Sonja Gross ist Geschäftsführerin von Conceptera, der Fachstelle für Konzeptarbeit im Sozialbereich. Sie begleitet soziale Institutionen und Gemeinden bei der Entwicklung von Angeboten, der Verschriftlichung von Konzepten und der Implementierung.**

Anzeige



Pascal Gregor

CAMINO CONSULTING

NEUE WEGE FÜR NPO

Netzwerkpartner von **ARTISET**

- Organisationsberatung
- Moderation von Workshops, Seminaren und Tagungen
- Strategieentwicklung
- VR-Mandate
- Teambildung, Teamevents

Camino Consulting AG
Bahnhofstrasse 41
5000 Aarau
T 079 622 63 47
info@camino-consulting.ch
www.camino-consulting.ch

Betreutes Wohnen reduziert zusätzliche Heimplätze



Christian Streit, Geschäftsführer von Senesuisse.

Foto: Privat

«Mit einer günstigeren Wohnform kann Geld gespart werden, und zudem deckt Betreutes Wohnen die Bedürfnisse der betroffenen Personen besser ab.»

Für das Schweizer Parlament war bereits im Jahr 2019 klar: Es braucht eine Lösung zur Finanzierung von «Betreutem Wohnen» mit Ergänzungsleistungen (EL zur AHV). Denn heute führen rein finanzielle Gründe dazu, dass vulnerable Menschen nicht mehr eigenständig wohnen können, sondern – oft trotz bloss geringem Pflegebedarf – ins Pflegeheim eintreten. Um dies zu verhindern oder zumindest hinauszuschieben, überwies sowohl Nationalrat als auch Ständerat einstimmig eine Motion, welche eine gesetzliche Regelung verlangt.

Seither brütet das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) über der Lösung. Diese soll im Herbst 2022 endlich zur Diskussion veröffentlicht werden. Gemäss Obsan-Bericht 2022 drängt die Zeit: Bis ins Jahr 2040 benötigt die Schweiz aufgrund der demografischen Entwicklung über 50 000 zusätzliche Pflegeheimbetten. Dieser Bedarf könne auf 40 000 oder weniger reduziert werden, wenn leicht Pflegebedürftige im Betreuten Wohnen leben. Nur wenn die Finanzierung solcher Angebote über die EL sichergestellt ist, entstehen genügend geeignete Angebote.

Von den Branchenverbänden wurde in einer ersten Studie geklärt, welche Bedürfnisse das Betreute Wohnen abdecken muss (Modell mit vier Stufen an Leistungspaketen). Eine zweite Studie äussert sich zur notwendigen Finanzierung dieser benötigten Leistungen in den vier Stufen. Damit ist die Grundlage für eine geeignete Gesetzgebung gelegt.

Mit einer günstigeren Wohnform kann nicht nur Geld gespart werden. Vielmehr deckt Betreutes Wohnen gleichzeitig die Bedürfnisse der betroffenen Personen besser ab.

Es ermöglicht eine Aufrechterhaltung von Mobilität und sozialen Kontakten, während gleichzeitig die Sicherheit durch angepasste Infrastruktur und hausintern verfügbare

Pflege und Betreuung garantiert ist. Eine 24-stündige Notrufbereitschaft mit unverzüglicher Interventionszeit gewährleistet für Bewohnende und Angehörige viel bessere Sicherheit als in einer üblichen Mietwohnung. Zudem ermöglicht die örtliche Nähe mehrerer Wohnungen optimale Effizienz und den gezielten Einsatz des Personals. ■



bardusch

Textilservice für Bewohnerwäsche

Privatwäsche Service

www.bardusch.ch

***Wäscheservice
bis zur Zimmertür***



Stehen **Service und Kosten** im Einklang?

Nehmen Sie noch heute Kontakt auf: info@bardusch.ch oder 061 385 12 12

bardusch AG

4056 Basel

PROFESSIONAL

jura

GIGA X8

Wo ausschliesslich Höchstleistung zählt

Frisch gemahlen, nicht gekapselt

Kompromissloser Kaffeeenuss im professionellen Umfeld. Zum Beispiel mit der GIGA X8 für bis zu 200 Tassen am Tag und 32 exklusive Kaffeespezialitäten. Für Perfektion sorgen zwei Präzisions-Keramikscheibenmahlwerke mit Automatic Grinder Adjustment, die Speed-Funktion ermöglicht aromatische Lunggo-Spezialitäten in Rekordzeit. Die ideale Etagenlösung oder im Seminar- / Tagungsbereich, für Caterings oder Coffee to Go.



Buchen Sie Ihre persönliche Online-Beratung via JURA LIVE Office.

jura.com

JURA – If you love coffee



Sie pflegen, Lobos4 dokumentiert

Unsere Software Lobos4 bietet die grösste Modulvielfalt für eine effiziente Dokumentation in Ihrer sozialen Institution. Somit ist ein individueller Einsatz jederzeit möglich.



- Für stationäre und ambulante Einsätze
- Mobile App mit Offline-Funktion
- Umfassende Pflegedokumentation
- Individueller Pflegeprozess pro Bewohner
- Umsetzung E-Mediplan
- Unabhängig des Erhebungssystems
- Vorbereitet für EPD-Anbindung
- Rasche Übersicht dank Tagesrapport
- Alle Assessments im Lieferumfang
- Unterstützung durch Sammeleinträgen und Kopierfunktionen
- Medikamentenbestellung mit Tablet

